

78. Sitzung

am Dienstag, dem 20. März 2007

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung .	5253	Mitteilung des Senats vom 13. Februar 2007	
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	5253	(Drucksache 16/1306)	
Aktuelle Stunde		Abg. Gerling (CDU)	5265
Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform auf Bremen		Abg. Pohlmann (SPD)	5267
Abg. Pflugradt (CDU)	5255	Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	5268
Abg. Dr. Sieling (SPD)	5256	Bürgermeister Röwekamp	5269
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) ...	5258	Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)	
Senator Dr. Nußbaum	5260	Mitteilung des Senats vom 13. Februar 2007	
Abg. Pflugradt (CDU)	5262	(Drucksache 16/1304)	
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) ...	5263	Abg. Herderhorst (CDU)	5270
Abg. Dr. Sieling (SPD)	5264	Abg. Wedler (FDP)	5271
Zukunft des Vereinsmanagements bei Sportvereinen im Land Bremen		Abg. Kleen (SPD)	5272
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 18. Dezember 2006 (Drucksache 16/1251)		Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	5273
D a z u		Bürgermeister Röwekamp	5274

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Berk, Ehmke, Holthuis, Knäpper, Frau Krusche, Liess, Frau Möbius, Ravens, Dr. Schrörs, Frau Dr. Spieß.

Präsident Weber

Schriftführerin Arnold-Cramer

Schriftführerin Böschen

Schriftführer Herderhorst

Bürgermeister **Röwekamp** (CDU), Senator für Inneres und Sport

Senator für Finanzen **Dr. Nußbaum**

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr **Neumeyer** (CDU)

Staatsrat **Dr. vom Bruch** (Senator für Inneres und Sport)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Die 78. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich Mitglieder des Chores „Harmonie“ aus Bremen-Osterholz und Gäste. Seien Sie ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Gemäß Paragraf 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Ausstiegsperspektive bei invasiven Affenversuchen, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 20. März 2007, Drucksache 16/1344.

Gemäß Paragraf 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

(B) Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag am Schluss der Tagesordnung aufzurufen.

Ich höre keinen Widerspruch. Die Bürgerschaft (Landtag) ist damit einverstanden.

Die übrigen Eingänge bitte ich der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzungen sowie dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Gleichstellung von Lebenspartnerschaft und Ehe
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. März 2007 (Drucksache 16/1333)
2. Wirksame Beigebrauchskontrollen bei Substitutionstherapie durchsetzen!
Mitteilung des Senats vom 13. März 2007 (Drucksache 16/1339)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der April-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung (C)

1. Planungsstand von AIP-Projekten ohne konkrete Realisierungschance
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 2. November 2006
D a z u
Antwort des Senats vom 13. März 2007 (Drucksache 16/1341)
2. Zukunft der europäischen Agrarbeihilfen im Land Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. Januar 2007
D a z u
Antwort des Senats vom 6. März 2007 (Drucksache 16/1332)
3. Lärmschutzwände an den Eisenbahnstrecken innerhalb der Stadtgebiete Bremen und Bremerhaven
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 23. Januar 2007
D a z u
Antwort des Senats vom 13. März 2007 (Drucksache 16/1342)
4. Rentnerlücke im Lehrerzimmer?
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31. Januar 2007 (D)
5. Zukunft der Bremer Bootsbau Vegesack
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1. Februar 2007
D a z u
Antwort des Senats vom 27. Februar 2007 (Drucksache 16/1326)
6. Weibliche Auszubildende in gewerblich-technischen Berufen im Lande Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 13. Februar 2007
7. Umgang mit Eingaben bzw. Beschwerden auf Senatsebene
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27. Februar 2007
8. Schlepperpier Bremerhaven
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. März 2007
9. Voraussetzungen der Einstellung von Richterinnen und Richtern
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 6. März 2007

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aus-

(A) setzung des Tagesordnungspunktes 4, Existenzsichernde Einkünfte im Konzern Bremen, des Tagesordnungspunktes 7, Strafrechtliche Sanktionen als wirksame Maßnahme gegen Doping?, des Tagesordnungspunktes 18, Reformen in der Bildungspolitik, des Tagesordnungspunktes 23, Messbare Erfolge durch die Polizeireform, des Tagesordnungspunktes 31, Offshore Windenergie – Chance für Bremerhaven, des Tagesordnungspunktes 35, Der Einsatz von RFID-Funketiketten (Radio Frequency Identifikation) – Chance und Risiken, und des Tagesordnungspunktes 37, Gesetz zur Änderung von Vorschriften über die Finanzbeziehungen zwischen dem Land Bremen und den Gemeinden Bremen und Bremerhaven.

Des Weiteren wurden Vereinbarungen getroffen zur Verbindung der Tagesordnungspunkte 14 bis 15, hier geht es um Verbraucherschutz verbessern, der Tagesordnungspunkte 21 und 22, 15. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau, der Tagesordnungspunkte 27 und 28, In Kinder investieren heißt in die Zukunft investieren, der Tagesordnungspunkte 32 bis 34, 28. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz, der Tagesordnungspunkte 41 und 42, 2. Bericht zur Umsetzung des Gender-Mainstreaming-Konzepts, der Tagesordnungspunkte 43, 44 und außerhalb der Tagesordnung Drucksache 16/1334, hier geht es um den Jahresbericht des Petitionsausschusses, der Tagesordnungspunkte 47 und 48, Kompetenzen von Frauen anerkennen, der Punkte außerhalb der Tagesordnung, die sich mit der Föderalismusreform II befassen, und der Punkte außerhalb der Tagesordnung, die sich mit dem Bremischen Jugendstrafvollzugsgesetz befassen, es handelt sich hier um die Drucksachen 16/1283, 16/1311 und 16/1343. Des Weiteren wurden Vereinbarungen von Redezeiten bei nahezu allen Tagesordnungspunkten getroffen.

Hinsichtlich der Reihenfolge der Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag) wurde vereinbart, dass heute zu Beginn der Sitzung der Tagesordnungspunkt 2, Aktuelle Stunde, danach die Tagesordnungspunkte 12, Zukunft des Vereinsmanagements bei Sportvereinen im Land Bremen, und 30, Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland, behandelt werden. Es ist vereinbart, die Sitzung heute gegen 16 Uhr zu beenden, ohne dass jedoch die Debatte über einen Tagesordnungspunkt unterbrochen wird.

Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) morgen Vormittag beginnt mit dem Tagesordnungspunkt 1, Fragestunde, danach wird die Regierungserklärung in Verbindung mit dem Punkt außerhalb der Tagesordnung, Föderalismusreform II, aufgerufen.

Zu Beginn der Sitzung am Mittwochnachmittag werden die miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte 21 und 22, und im Anschluss daran die Punkte außerhalb der Tagesordnung, die sich mit dem Bremischen Jugendstrafvollzugsgesetz befassen, aufgerufen.

Der Donnerstagnachmittag beginnt mit dem Tagesordnungspunkt 36, Wissenschaftsplan 2010, Hochschulgesamtplan V.

Außerdem wurde interfraktionell vereinbart, gemäß Paragraf 28 der Geschäftsordnung zu Tagesordnungspunkten 21 und 22 die Landesfrauenbeauftragte Frau Ulrike Hauße hinzuzuziehen und sie zu Beginn der Aussprache zu hören.

Nachträglich wurde interfraktionell vereinbart, bei Tagesordnungspunkt 36 eine Debatte nach Geschäftsordnung durchzuführen.

Des Weiteren wurde nachträglich interfraktionell vereinbart, den Tagesordnungspunkt 3, Bevölkerungs- und Raumordnungsprognose für das Land Bremen, für diese Sitzung auszusetzen.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, wünsche ich Herrn Perschau nach seiner schwierigen Bandscheiben-Operation alles Gute, dass er die drei Tage gut übersteht.

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Aktuelle Stunde

Meine Damen und Herren, für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Frau Winther, Pflugradt und Fraktion der CDU und den Abgeordneten Dr. Sieling und Fraktion der SPD folgendes Thema beantragt worden:

Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform auf Bremen.

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Nußbaum.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Pflugradt.

(C)

(D)

(A) Abg. **Pflugradt** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Bundesregierung, die Große Koalition, hat letzte Woche ein Unternehmenssteuerreformgesetz beschlossen. Das ist solch ein dickes Paket!

(Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie nett!)

Die Beschlusslage über einen Entwurf eines Unternehmenssteuerreformgesetzes 2008 ist für uns Anlass, eine Aktuelle Stunde anzumelden. Die Unternehmenssteuerreform ist verhandelt worden von Herrn Steinbrück und Herrn Koch im Zusammenhang mit der Bildung der Großen Koalition. Sie hat Eingang gefunden in die Koalitionsvereinbarung, und jetzt ist ein entsprechender Gesetzentwurf vorgelegt worden. Ziel dieser Reform: Die Unternehmenssteuerreform soll einen Beitrag für mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze leisten. Dies ist der Ansatz, und für uns ist ganz wichtig, dass Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen werden.

(Beifall bei der CDU)

(B) Diese Reform stärkt den Standort Deutschland. Internationale Unternehmen finden verbesserte Rahmenbedingungen, um in unserem Land zu investieren. Wir wollen dieses Ziel erreichen durch niedrige Steuersätze als Vorteil im internationalen Standortwettbewerb. Die steuerliche Gesamtbelastung für Unternehmen sinkt nach zehn Jahren erstmals vom europäischen Spitzenplatz mit 39 Prozent auf unter 30 Prozent, damit können wir wieder im europäischen Vergleich mithalten. Die verbesserten steuerlichen Rahmenbedingungen sind Voraussetzung, damit wieder vermehrt internationale Unternehmen in Deutschland investieren, das schafft unter dem Strich neue Arbeitsplätze und steuerliche Mehreinnahmen.

(Beifall bei der CDU)

Gewinner dieser Reform ist der deutsche Mittelstand. Erstmals profitieren mittelständische Unternehmen, Personengesellschaften von den niedrigen Steuersätzen, bei Konzernen die Kapitalaktiengesellschaften, wenn sie Gewinne im Unternehmen behalten. Dies stärkt die Investitions- und Eigenkapitalquote des Mittelstands, dem Rückgrat der deutschen Wirtschaft.

Weiterhin ist die Sicherung der steuerlichen Einnahmebasis für die öffentlichen Haushalte für uns ein wichtiger Punkt. Die Gewerbesteuer bleibt in veränderter Form erhalten, zugleich werden Steuerschlupflöcher geschlossen. Wer dennoch trickst und Gewinne ins Ausland verlagert, muss zukünftig mit Konsequenzen rechnen. Insgesamt rechnet man damit, dass 100

*) Vom Redner nicht überprüft.

Milliarden Euro Gewinne, die bisher im Ausland versteuert wurden, obwohl sie in Deutschland erwirtschaftet wurden, in Deutschland künftig auch wieder versteuert werden. Ich finde, dies ist auch ein richtiger Ansatz im Rahmen der Unternehmenssteuerreform.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Nun wird über die Gesamtkosten geredet und dies als das Hauptproblem dargestellt, das ist es für mich nicht. Ich sehe die größte Schwierigkeit darin, dass wir mit dieser Reform mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze erzielen, denn dies bringt auf Dauer mehr Steuereinnahmen.

(Beifall bei der CDU)

Die Gesamtkosten dieser Reform werden jährlich mit 5 Milliarden Euro beziffert, wobei davon 2,6 Milliarden Euro auf den Bund entfallen, 2,3 Milliarden Euro auf die Länder, und die Gemeinden machen ein Plus von rund 10 Millionen Euro im Jahr. Dabei ist ein Gewerbesteuerhebesatz von 400 Prozent unterstellt, wir haben aber einen Gewerbesteuersatz von 440 Prozent. Dies bedeutet, dass die Wahrscheinlichkeit, dass wir ein größeres Plus im Bereich der Stadtgemeinde Bremen erzielen werden, sehr groß ist.

Hamburg hat errechnet, dass die Unternehmenssteuerreform, was die Gemeinde und das Land anbetrifft, haushaltsneutral ausfallen wird. Ich vermute, dass das auch in Bremen so sein wird, denn nicht ohne Grund hat der Sprecher des Finanzressorts gesagt, ich zitiere aus dem „Weser-Kurier“ vom 15. März 2007: „Bremen sieht im Entwurf zur Unternehmenssteuerreform keine Gefahr für die städtischen Finanzen.“ Wörtlich heißt es hier: „Wir gehen von einer Einnahmeneutralität der Reform aus, sagte Herrmann Pape, Sprecher des Finanzsenators.“ Wenn Herr Pape das sagt, dann muss es wohl auch stimmen, meine Damen und Herren!

(Zuruf: Immer! – Abg. Dr. **Sieling** [SPD]: Das habe ich ja noch nie gehört! – Senator Dr. **N u ß b a u m**: Ohne Genehmigung des Präsidenten zu zitieren!)

Ich will in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, wenn ich heute die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ nehme, in der über die Steuereinnahmen berichtet wird, und wenn ich hier eine Äußerung des Bundesfinanzministers lese, der Fiskus hat allein im Februar 5,5 Milliarden Euro mehr eingenommen als im Vorjahresmonat. Nun könnte der eine oder der andere sagen, das hat doch allein etwas mit der Mehrwertsteuer zu tun. Das ist richtig, die Mehrwertsteuer ist ein hoher Faktor! Aber es wird in diesem Bericht auch deutlich gemacht, dass die Lohnsteuer allein im Februar gegenüber dem Vorjahresmonat um 9 Prozent gestiegen ist. Das zeigt, dass die Politik, die die

(C)

(D)

(A) schwarz-rote Koalition in Berlin betreibt, Früchte trägt. 9 Prozent mehr Lohnsteuereinnahmen ist die Auswirkung dessen, dass wir mehr Beschäftigung in Deutschland haben, dass wir weniger Arbeitslose haben.

Deutlich wird auch, wir waren Schlusslicht im Wachstum in Europa, wir sind wieder Spitze in Europa beim Wachstum. Wir haben 17 Mal bei Rot-Grün bei den Steuerschätzungen ein Minus zu verzeichnen gehabt, jetzt gehen die Steuerschätzungen bei Schwarz-Rot wieder nach oben. Meine Damen und Herren, das ist der richtige Weg, dazu gehört auch diese Reform. Deswegen wird auch diese Reform unter dem Strich Bremen ein Mehr bringen und nicht ein Weniger. Ich finde, in diesem Sinne sollten wir über diese Reform froh und glücklich sein. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Bevor ich Herrn Dr. Sieling das Wort gebe, möchte ich die beiden Abgeordneten bitten, ihre Laptops von ihren Pulten zu nehmen.

Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

(Abg. S t r o h m a n n [CDU]: Ich würde ganz gern eine persönliche Erklärung dazu abgeben, Herr Präsident! – Abg. K l e e n [SPD]: Schick doch eine Mail! – Heiterkeit und Beifall)

(B)

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sehen darin, dass dieses Haus doch keinesfalls eine Modernitätslücke hat. Die CDU hat die Technik auf dem Tisch stehen, und die SPD weiß, wie man damit umgeht.

(Bürgermeister R ö w e k a m p : Nur der Präsident ist ratlos! – Heiterkeit)

Da sind wir, glaube ich, auf einem ganz guten Wege. Der Senat schweigt dazu, jedenfalls in der Sache.

Zur Unternehmenssteuerreform ist es so, meine Damen und Herren, dass die anstehende Entscheidung über diese Unternehmenssteuerreform in Deutschland einerseits in der Tat durch eine Harmonisierung der Besteuerungsgrundlagen gerade im europäischen Kontext Wachstum ankurbeln und damit den Standort stärken muss. Andererseits, und das ist mindestens gleichgewichtig, muss in der Tat gewährleistet werden, dass die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte und die Stabilität der Staatseinnahmen, und zwar auf allen Ebenen, gewährleistet bleibt.

Für diese jetzt vorgelegten, der Kollege Pflugradt sprach das an, Steuerreformpläne im Kabinett spricht, dass die jetzige Regelung der Unternehmenssteuerreform Anreize für eine Versteuerung in anderen Ländern bietet und damit auch die Verlagerung von Ar-

beitsplätzen unterstützt. Die derzeitige Spreizung, und das ist ein wichtiger Punkt, von nominalen und damit theoretisch gerechneten Steuersätzen und den realen und somit wirklich gezahlten Steuern fällt für Unternehmen in Deutschland extrem auseinander.

Um Jahr für Jahr zu erreichen, dass die reale Steuer, die gezahlt wird, niedriger liegt als das, was der immer zitierte Steuersatz ist, beschäftigen die großen Firmen mittlerweile ganze Finanzabteilungen, nur um Vermeidungsstrategien herauszufinden, statt sich mit Investitionsentscheidungen zu befassen. Sie beschäftigen Heerscharen an Steuerberatern und nicht zuletzt auch unsere Finanzämter. Dieser Unsinn, darum geht es bei der Steuerreform, muss beseitigt und beendet werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

In der politischen Debatte darum, wie sie aufzubauen ist, gehen allerdings die Fakten munter durcheinander, beziehungsweise es werden auch wichtige Tatsachen unterschlagen. Ich will das an zwei Punkten festmachen: Die Unternehmenseinkünfte in Deutschland sind seit dem Jahr 2000 steuerlich erheblich entlastet worden. Das sind jetzt die Früchte, die die neue Koalition auf Bundesebene ernten kann. Das ist das Ergebnis der Politik der rot-grünen Bundesregierung,

(Beifall bei der SPD)

die die mit der Steuerreform im Jahre 2000 verschiedene Maßnahmen ergriffen hat, unter anderem die Senkung des Spitzensteuersatzes. Das allerdings ist durchaus schon kritisch diskutiert worden!

Ich will auf einen wichtigen Fakt hinweisen, den wir bei dieser Debatte brauchen. Diese Steuerreform hatte nämlich ein Ergebnis: In dem Zeitraum von 2001 bis 2005 sind die Unternehmens- und Vermögenseinkommen insgesamt um 106 Milliarden Euro gestiegen, das ist ein Plus von 25 Prozent. Die darauf gezahlten Steuern sanken allerdings um 16 Milliarden Euro, das sind 13 Prozent weniger. Fazit: Es hat also in den letzten Jahren schon eine kräftige Nettoentlastung des Unternehmenssektors stattgefunden, das muss man bitte würdigen.

Darauf baut auch der zweite Fakt auf, meine Damen und Herren. Im europäischen Vergleich stehen wir nicht so schlecht dar wie behauptet und wie auch gerade Kollege Pflugradt wieder dargelegt hat. Man darf nämlich nicht auf die nominalen Steuersätze schauen und von den 38,65 Prozent reden, sondern man muss die effektive Gesamtsteuerbelastung betrachten. Hier hat Deutschland eine eher mittlere Position. Dafür gibt es auch gute Belege: Wir sind seit Jahrzehnten Exportweltmeister. Ich frage: Wie will man das schaffen, wenn man ein wirtschaftlich geknebelter Standort wäre?

Der weitere Beleg ist die aktuelle wirtschaftliche Lage. Wir haben natürlich eine gute Konjunktur und

(C)

(D)

(A) erstmalig seit langem wieder eine Schaffung echter Arbeitsplätze in Deutschland. Wenn die Steuerlast für die Unternehmen so wäre, dass sie alle zusammenbrechen würden, wäre das nicht passiert. Von daher ist diese Überlastung der Unternehmen ein Ammenmärchen. Das alles, Herr Pflugradt, passiert vor dieser Unternehmenssteuerreform, das heißt, der Standort Deutschland sollte auch steuerpolitisch bitte nicht schlechtgeredet werden, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Vor dem Hintergrund der vorgelegten Pläne zur Steuerreform ist es umso wichtiger, und ich warne angesichts dessen davor, dass jetzt mit Forderungen einzelner Teilgruppen versucht wird zu überziehen. Ich finde, über kluge Änderungen können wir immer reden. Aber ich verweise darauf, und, Herr Pflugradt, Sie wiesen darauf hin, dass diese Steuerreform vor allem den Mittelstand entlasten soll. Das höre ich hier gern! Im Bundeskabinett allerdings hat der CSU-Bundeswirtschaftsminister Glos gesagt, er sehe eine Mittelstandslücke, und auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion redet so daher und will noch etwas darauf legen und will weitere Entlastungen für den schon entlasteten Unternehmenssektor haben. Das geht nicht, meine Damen und Herren. Das wäre eine falsche Politik und eine Gefährdung dieser Reform und dieser Reformvorschläge.

(B) (Beifall bei der SPD)

Ich bin der Auffassung, wir sollten weiter über die Ziele der Schaffung von Wachstum und Arbeit sprechen. Wir sollten aufpassen, dass wir kluge Vorschläge machen und nicht nur Vorschläge, die am Ende, auch in dem vorgelegten Entwurf, nur dazu führen, dass Leute wie der Automobilrennfahrer Schumacher, aber auch der Tennisspieler Becker, aber auch Firmen wie Müller-Milch ins Ausland gehen. Um dies bei den Firmen zu begrenzen, hat Bundesfinanzminister Steinbrück den Vorschlag unterbreitet, gerade mit einer Besteuerung der Schuldzinsen und damit bei den Gegenfinanzierungsmaßnahmen einen wichtigen Punkt anzugehen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Pflugradt, ich möchte einmal ein klares Wort von Ihnen hören. Das ist ein richtiger Vorschlag, der wird von CDU/CSU auf Bundesebene bekämpft, und das, sage ich noch einmal, gefährdet die Reform im Kern, wenn eine solche Diskussion geführt wird, meine Damen und Herren.

Das waren jetzt die wirtschafts-, arbeitsmarkt- und steuerpolitischen Seiten des ganzen Themas. Wir haben aber auch, und ich finde, das muss gleichgerichtet betrachtet werden, neben diesen Anforderungen an eine politisch tragfähige Unternehmenssteuerreform zu klären, wie die Wirkungen auf die öffentlichen Fi-

nanzen und insbesondere die Staatseinnahmen sind. Ich verweise darauf, dass hier noch ein riesiges Problem besteht, weil die bisher vorgelegten Vorstellungen eine Einnahmelücke auf Bundesebene für den gesamten Staatsapparat von wahrscheinlich 8 Milliarden Euro, einige reden neuerdings von 6,5 Milliarden Euro pro Jahr, bedeuten. Es gibt auch andere Untersuchungen und Gutachten, die von 10 bis 14 Milliarden Euro ausgehen. Also, hier stehen wir vor einem Problem, welches so nicht gehen kann. Ich sage hier und habe das gemeinsam mit Bürgermeister Böhrnsen verschiedentlich und von Beginn an gesagt: Bremen, meine Damen und Herren, kann sich solche Steuerausfälle nicht leisten.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Wir können einem solchen Gesetz als Bundesland nur zustimmen, wenn es keine Einkommensrückgänge erzeugt, das heißt also, wenn es, wie die Fachleute es nennen, aufkommensneutral ist. Der jährliche, und ich betone es noch einmal, jährliche Einnahmeausfall würde, wenn man auf Bundesebene nur von 6,5 Milliarden Euro ausgeht, das ist die niedrigste Zahl, die da genannt wird, man kann auch die 5 Milliarden Euro nehmen, die ursprünglich einmal vorgesehen waren, dann würde dies Bremen wahrscheinlich mit 30 bis 60 Millionen Euro pro Jahr negativ betreffen. Dazu sage ich: Einen solchen Verlust kann sich Bremen nicht leisten!

(D)

(Abg. P f l u g r a d t [CDU]: Bei den 5 bis 6 Milliarden Euro, die Sie nennen, ist die Hälfte Bundessteuer! Seit wann übernehmen wir den Anteil des Bundes?)

Nein, nein!

(Zuruf des Abg. P f l u g r a d t [CDU])

Nein, nein! Diese Punkte können ja noch genauer betrachtet werden. Aber ich sage hier, Herr Pflugradt,

(Abg. P f l u g r a d t [CDU]: Dann müssen Sie einmal die Papiere richtig lesen, Herr Kollege!)

auch wenn Sie mir erzählen wollen, es seien nicht 30 bis 60 Millionen Euro pro Jahr,

(Abg. F o c k e [CDU]: Was falsch ist, ist falsch!)

sondern nur die Hälfte, 15 bis 30 Millionen Euro, Jahr für Jahr können wir uns das als Sanierungsland auch nicht erlauben.

(Beifall bei der SPD)

(A) Ich finde, das müssen wir endlich einmal lernen! Ich lerne dies auch aus der Steuerreform des Jahres 2000, der wir als Bundesland zugestimmt haben, und hinterher hatten wir mit den Einnahmeausfällen zu tun. Ich appelliere nur an Sie: Wenn Sie für die Selbstständigkeit Bremens stehen, stehen Sie auch an der Stelle deutlich und aufrecht und sagen, dass wir hier nachbessern müssen, dass es eine stabile Einnahmelage geben muss! Dies sind wir unserem Land und den Menschen hier schuldig.

(Beifall bei der SPD)

Unter Aufkommensneutralität darf ich auch auf einen zweiten Aspekt verweisen: Es ist Tatsache, dass wir die Lasten in unserem Lande gerecht verteilen müssen. Sie sprachen an, und das ist richtig, dass sich die Steuereinnahmen ausgesprochen positiv entwickeln. Das hat mit den steigenden Einnahmen aus der Mehrwertsteuer und aus der Lohnsteuer zu tun, das sind Arbeitnehmerinkommen. Ich kann es mir nicht vorstellen, dass es diesem Land guttäte, weder uns in Bremen noch Deutschland insgesamt, wenn wir eine Politik betrieben, in der Maßnahmen beschlossen werden müssten, die die Arbeitnehmer, die Rentner, die Familien und Studenten belasten, um eine Unternehmenssteuerreform zu finanzieren,

(Beifall bei der SPD)

(B) durch die die Unternehmen schon in den letzten Jahren entlastet worden sind. Das wäre eine unsoziale Politik. Ich hoffe, wir haben hier in Bremen eine gemeinsame Haltung, dass wir dies ablehnen.

Drittens darf ich sagen: Wir haben die große Aufgabe, die Staatshaushalte wieder ins Lot zu bringen, und auch deshalb müssen wir auf die Aufkommensneutralität schauen.

Wir haben die Maastricht-Kriterien in Deutschland insgesamt zu beachten und hier in Bremen die Aufgabe, uns und den Haushalt zu sanieren. Dazu reicht es nicht immer, nur „Sparen, Sparen“ zu rufen. Wir müssen uns um die Einnahmensituation kümmern und die Einnahmen stärken. Wir wollen in unserem Bundesland auch etwas für Kinder und für mehr Bildung tun, auch hierfür benötigen wir entsprechende Finanzen. Deshalb bin ich strikt dafür, dass wir uns für Aufkommensneutralität einsetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss einen Bezug herstellen. Ich war sehr verwundert, als der Antrag der CDU kam, hier die Unternehmenssteuer zu diskutieren gerade vor dem Hintergrund der Debatte, die wir in diesem Haus vor einem Monat in der Aktuellen Stunde über den UNICEF-Bericht hatten, meine Damen und Herren. Wir haben damals diesen Bericht und die Vorschläge von

Frau von der Leyen diskutiert. Ich hatte Befürchtungen, dass das alles am Ende nicht ordentlich finanziert wird. Die Entwicklung allein der letzten vier Wochen, meine Damen und Herren, gibt mir recht. Die Glaubwürdigkeit ist da doch verloren gegangen, nicht für uns, wir als Sozialdemokraten haben Finanzierungsvorschläge vorgelegt,

(Abg. B a r t e l s [CDU]: Das ist doch Unsinn!)

aber man muss das auch im Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform so diskutieren. Wer die Versorgung für Kinder besser darstellen will, muss dafür auch das Geld besorgen. Ansonsten formuliert er Wunschträume oder, wenn ich mir das erlauben darf zu sagen, das Wahlprogramm der CDU hier im Land Bremen ist ja so etwas wie eine moderne CDU-Wundertüte in der vorösterlichen Zeit. Wenn ich mir das anschau, dann wird ein Eindruck erweckt, man könne Wohltaten ausschütten, ohne sich um die Finanzierung zu kümmern, meine Damen und Herren. Das kann nicht die richtige Politik sein. Uns geht es um die Unternehmenssteuerreform für Wachstum und Arbeitsplätze,

(Glocke)

aber auch für stabile Staatseinnahmen. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist einmal ein interessanter Vorstoß der Großen Koalition. Ich habe mich gefreut, als ich das Thema für die Aktuelle Stunde gesehen habe, und dachte, Sie sind aus Schaden klug geworden und wollen nicht denselben Fehler begehen wie bei der Zustimmung zur Steuerreform 2000, als Sie sich mit einem Kanzlerbrief zufrieden gaben, über dessen Werthaltigkeit Sie dann jahrelang die Öffentlichkeit getäuscht haben!

Nach dem Debattenverlauf habe ich gelernt, damals gab es eine Zustimmung für einen nichtwerthaltigen Brief, und heute gibt es wahrscheinlich eine Enthaltung im Bundesrat, aber dafür keinen Brief. Der Fortschritt ist eine Schnecke!

Bremen wird bis zu 60 Millionen Euro Einnahmen verlieren, das ist auch die grüne Auffassung, zumal, darauf werde ich gleich noch einmal eingehen, die Kalkulation aus dem Hause Steinbrück eher risikobehaftet ist. Sie haben aber die Zahlen nach Karlsruhe gemeldet, und ich bin der Auffassung, dass solche Einnahmeverluste existenzgefährdend sind für Bremen, weil die Frage, ob es uns in absehbarer Zeit gelingen wird, einen ausgeglichenen Primärsaldo vor-

(C)

(D)

- (A) zulegen, also einen Haushalt, aus dem die Zinsen herausgerechnet und die Einnahmen und Ausgaben in Deckung gebracht werden, das entscheidende Argument für die Existenzfähigkeit Bremens ist.

Alle weiteren Einbrüche bei den Einnahmen gefährden das massiv. Ich glaube, auch noch einmal in die Richtung der CDU, Sie sollten sich das noch einmal genau überlegen, ob nicht wenigstens jetzt endlich der Zeitpunkt wäre, an dem Sie sich einmal anschauen, welches die Interessen dieses Bundeslandes sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Grünen, deshalb habe ich es hier auch ein bisschen einfacher als Herr Sieling, halten die Steuerreform für schlecht und sind nicht nur aus bremischem und vaterländischem Interesse, sondern insgesamt auch aus bundespolitischen Erwägungen dafür, diese Steuerreform abzulehnen. Sie ist halbherzig! Die wichtigsten Dinge, die mit Steuerreformen in Deutschland angepackt werden müssten, sind eine Vereinfachung des Steuerrechts, das passiert nicht, und eine Harmonisierung im internationalen Vergleich, das passiert auch nicht. Es wäre wichtig, wie es in Amerika üblich und geltendes Steuerrecht ist, die Gewinne, die deutsche Firmen im Ausland machen, hier auch zu besteuern. Das sind die wichtigsten Säulen von Steuerreformen in den nächsten Jahren. Davon passiert hier gar nichts, insofern ist diese Steuerreform schlecht, halbherzig und greift die wichtigsten Punkte, die notwendig wären, nicht auf.

(B)

Diese Steuerreform passiert auch zur falschen Zeit! Es ist nicht sinnvoll, in Zeiten von gut laufender Konjunktur Unternehmen zu entlasten. Man muss sich diese Instrumente, wenn man sie benutzen will, wogegen ich im Prinzip nichts habe, für die Zeiten aufbewahren, in denen die Konjunktur nicht gut läuft, um als Staat über Steuererleichterungen Anreize zu schaffen, damit Unternehmen investieren. Im Moment brummt es gerade, und es ist nicht sinnvoll, jetzt die Unternehmen zu entlasten.

Die Steuerreform läuft überdies in eine falsche Richtung. Der beschleunigte Wegfall von Verlustvorträgen, neue Bürokratie und steuerliche Belastung von Forschung und Entwicklung der Unternehmen sowie die massive steuerliche Diskriminierung von Eigenkapitalfinanzierung schwächen gerade die innovativen Bestandteile der deutschen Wirtschaft.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Steuerreform ist ungerecht! Ich habe gelesen, dass sie vor allen Dingen große Gesellschaften entlasten wird, und diese Entlastung wird dann von den kleinen und mittleren Unternehmen mitfinanziert werden müssen. Insofern gibt sie gerade die falschen Anreize, wenn man sich den Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt anschaut.

Diese Steuerreform erhöht den bürokratischen Aufwand, auch das ist ein großer Irrweg. Das ist hier so oft gesagt worden, dass 95 Prozent der gesamten Steuerliteratur auf Deutsch ist. Wir sollten diesen Weg nicht weiter beschreiten. Ein Steuerrecht, das niemand mehr versteht, das Heere von Anwälten und Steuerberatern beschäftigt, ist irgendwann undemokratisch. Diese Steuerreform erhöht den bürokratischen Aufwand weiter, auch das ist ein Irrweg.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Steuerreform ist unseriös kalkuliert! Herr Steinbrück rechnet mit 5 Milliarden Euro Verlust für den Gesamtstaat, also für Bund, Länder und Gemeinden, und denkt sich aus, dass 3,5 Milliarden Euro Mehreinnahmen an den Fiskus durch Rückverlagerung von Gewinnen aus dem Ausland erreicht werden. Wie man auf solche Zahlen kommt, verstehe ich nicht. Ich glaube, das ist so ähnlich wie bei der Steuerreform von Rot-Grün, bei der sich das Finanzressort gewaltig verrechnet, mit den Prognosen eher gewürfelt hat, und es wird für die Grünen als zusätzliches Risiko mit in die Bilanz eingehen.

Diese Steuerreform passt überdies nicht in die Zeit! Während die Verbraucherinnen und Verbraucher, Bürgerinnen und Bürger, mit einer Mehrwertsteuererhöhung zu kämpfen haben, sollte man nicht große Unternehmen entlasten, die in aller Regel deutlich hohe Gewinne, in den letzten Jahren mit sehr hohen Steigerungen, erzielen. Irgendwann hört es auch auf, dass es eine Akzeptanz in der Bevölkerung für diese Art von Politik gibt.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Kollege Pflugradt hat hier den Eindruck erweckt, als würde die CDU die Auffassung vertreten, je niedriger die Steuern sind, desto besser. Dem will ich hier ausdrücklich widersprechen. Herr Sieling hat schon darauf hingewiesen, dass es in Deutschland eine große Diskrepanz zwischen nominalem, also dem genannten, dem im Gesetz festgeschriebenen Steuersatz und dem real gezahlten gibt. Das ist auch eines unserer zentralen Probleme! Es ist unbedingt erforderlich, mit der Steuerpolitik der nächsten Jahre diese beiden Steuersätze, den nominalen und den realen Steuersatz, näher aneinander anzugleichen, um sich auch dieses ganze Theater, das damit verbunden ist, letztendlich zu sparen.

Es ist so, dass der nominale Steuersatz in Deutschland hoch ist und der reale allenfalls im europäischen und weltweiten Mittelfeld liegt. Ich bin nicht der Auffassung, dass ein hoch industrialisiertes Land, eine hoch spezialisierte und eine hoch demokratisch entwickelte sowie eine reiche Gesellschaft wie Deutschland sich auf den Weg begeben sollte, einen Dumpingwettbewerb um die niedrigsten Steuersätze weltweit anzustreben. Das können wir nicht gewinnen!

- (A) Ihnen muss klar sein, dass die Unternehmen deswegen existieren, weil es hier Schulen, Straßen und innere Sicherheit gibt. Das Geld, um dies zu finanzieren, muss schließlich irgendwo herkommen, und es ist völlig in Ordnung, dass Unternehmen zum Steueraufkommen des Staates beitragen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Wirtschaft, Frau Winther, ist kein Selbstzweck, sondern sie hat der Gesellschaft zu dienen, uns allen zu dienen, und sie steht nicht über anderen Prinzipien, sondern sie ist ein Teil der Gesellschaft und muss sich einfügen in das, was die Gesellschaft insgesamt sich wünscht. Es wird nicht vor die Klammer gezogen, und alle Bedingungen werden erfüllt, sondern wir schauen uns an, wie ein Gesamtgefüge „Gesellschaft“ mit einem Wirtschaftssystem möglichst gut zurecht kommen kann. Es ist richtig zu versuchen, mit Steuerreformen Arbeitsplatzanreize zu schaffen. Aber man muss sich darüber im Klaren sein, dass die Schulden des Staates von heute die Arbeitslosigkeit von morgen sind.

Die CDU hat immer noch nicht begriffen, dass die Sanierung der Staatsfinanzen zur wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands ein gleichberechtigtes politisches Ziel ist. Diesen Fehler haben Sie in Bremen schon gemacht, den machen Sie bundesweit jetzt wieder. Bremen sollte dieser Steuerreform auf keinen Fall zustimmen. Es ist richtig, wenn wir endlich beginnen, unsere eigenen Interessen kennenzulernen.

- (B) Nach dem, was im bundesweiten Blätterwald passiert, kann man hoffen, dass es doch noch die eine oder andere Änderung gibt. Im Deutschen Bundestag gibt es auch Widerstand gegen Teile der Reform, das freut mich! Ansonsten hoffe ich im Interesse Bremens, aber auch Deutschlands, dass diese Reform wenigstens im Bundesrat scheitert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Nußbaum.

Senator Dr. Nußbaum: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die geplante Unternehmenssteuerreform wird heute hier diskutiert. Es ist in dem Zusammenhang die Frage zu stellen, ob wir mit dieser Unternehmenssteuerreform dauerhaft wettbewerbsfähig werden. Zielsetzung dieser Unternehmenssteuerreform ist es, das Steueraufkommen in der Bundesrepublik Deutschland langfristig zu sichern, zu stabilisieren, gegebenenfalls zu steigern, Abwanderung zu verhindern, aber – und das gehört im gleichen Atemzug genannt – auch dauerhaft Arbeitsplätze zu sichern.

Wenn wir uns einmal in Europa, und ich lasse jetzt einmal das außereuropäische Ausland weg, die Steu-

ersätze anschauen, so gibt es in der Tat die unterschiedlichsten Betrachtungen, ob von der OECD oder anderen. Tatsache ist, dass der deutsche nominelle Steuersatz einer der höchsten in Europa ist. Tatsache ist aber auch, dass durch eine Verringerung der Bemessungsgrundlage über Abschreibungsmöglichkeiten und andere Konstruktionen Steuern, insbesondere für Großunternehmen, eher in der mittleren Range sind. Das ist eigentlich unstrittig unter Fachleuten, aber Tatsache ist auch, dass wir insbesondere in den neuen Beitrittsländern, nehmen Sie beispielsweise einmal Estland mit 0 Prozent Steuersatz auf thesaurierte Gewinne, Litauen mit 15 Prozent Körperschaftsteuer oder Lettland mit 16,5 Prozent, natürlich Wettbewerber bekommen haben, die im Verhältnis zu Deutschland uns eine richtige Steuerkonkurrenz machen.

Hier fängt über die gewichtete Steuerbelastung das eigentliche Problem aus meiner Sicht an, denn ich verstehe nicht, wie wir es zulassen können, das ist auch an die Adresse der Bundesregierung gerichtet, einerseits diesen neuen Beitrittsländern Milliarden an Transfersubventionen aus der EU zu geben, ihnen aber andererseits gleichzeitig zu erlauben, uns über ein Steuerrecht, das ihnen äußerst niedrige Unternehmenssteuersätze gibt, Wettbewerb zu betreiben, also gegen denjenigen, der das Geld gibt, auch eine Konkurrenz zu gestalten.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage das deutlich: Das will mir nicht in den Kopf! Das können wir eigentlich auf EU-Ebene bereinigen, dass wir uns nicht von solchen Ländern am unteren Ende einen Steuerwettbewerb bereiten lassen, der hier nicht hingehört. Es reicht schon aus, wenn wir uns mit außereuropäischen Ländern im Steuerwettbewerb befinden.

Ich denke, es ist notwendig, dass wir diese Steuerreform bekommen, und ich meine auch, es ist erforderlich, dass wir den Steuersatz absenken. Ich sage aber auch gleichzeitig aus eigener Erfahrung, ob nun diese heilige Kuh von 30 Prozent der entscheidende Faktor ist, wird die Zukunft zeigen. Dass wir aus der hohen nominalen Besteuerung herauskommen, ist richtig. Es wird dazu führen, dass wir sicherlich die eine oder andere Abwanderung von Unternehmen ins Ausland stoppen und steuerlich für Unternehmen hier attraktiver werden. Aber ich sage, wir müssen es gleichzeitig erreichen, und das ist wirklich an die Adresse der Bundesregierung gerichtet, dass wir auf EU-Ebene eine Harmonisierung des Steuerrechts bekommen, dass wir in gewisser Weise Mindeststeuersätze für Unternehmensbesteuerung schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Das Steuerrecht wird auch auf kommunaler Ebene, das betrifft uns hier als Stadtstaat insbesondere,

(C)

(D)

(A) vereinfacht. Es wird vor allen Dingen insofern verstetigt, da auch Substanzelemente hinzukommen. Durch die 25-prozentige Hinzurechnung aller Fremdkapitalkosten wird die Gewerbesteuer stabilisiert, das wird sicherlich unserem Zwei-Städte-Staat Bremerhaven und Bremen zugutekommen.

Ich will jetzt nicht auf alle Punkte dieser Steuerreform eingehen. Meine Vorredner haben das getan. Ich möchte aber zwei oder drei benennen, die für mich zentral sind, die auch jetzt aus meiner Sicht im laufenden Gesetzgebungsverfahren nicht verändert werden sollten oder dürfen, insbesondere die Einführung einer Zinsschranke. Ich weiß, dass dagegen vorgegangen wird, und halte das nicht für richtig. Das ist Lobbyismus! Diese Konstruktion der Zinsschranke ist ein zentrales Element, um Gewinnverlagerungen ins Ausland über Leasing- oder Finanzkonstruktionen zu verhindern.

Mit 1 Million Euro Freibetrag ist der Mittelstand aus meiner Sicht ausreichend geschützt. Aber das ist ein zentraler Punkt: Wenn man es Unternehmen erschweren will, gänzlich wird man das vermutlich nie verhindern können, über Holdingstandorte in Niedrigsteuerrändern, dann über Finanzkonstruktionen nach Deutschland Geld zu geben, die Gelder hier steuerlich abzusetzen, dann die Gewinne hieraus ins Ausland zu verlagern, muss es zu einer Zinsschranke kommen.

(B) (Beifall bei der SPD)

Weiterhin geht es auch darum, dass wir sogenannte Funktionsverlagerungen stoppen. Funktionsverlagerung findet dann statt, wenn insbesondere internationale tätige Konzerne ihre Besteuerung durch Verlagerung betrieblicher Funktionen in Niedrigsteuerränder umschichten. Hier wird in Zukunft der potenzielle Gewinn, das Gewinnpotenzial ermittelt und dann steuerlich hier geltend gemacht werden können. Das wird auch die Bemessungsgrundlage verbreitern und geht auch in die richtige Richtung, gerade Großkonzerne davon abzuhalten, Konstruktionen zu finden, die ihre Steuern, wie gesagt, hier mindern und sie ins Ausland verlagern.

Ich meine, dass diese Steuerreform trotz einiger handwerklicher Fehler notwendig ist. Man ist weit vom Bierdeckel entfernt, und ich vermisse auch in der Tat eine Verwaltungsvereinfachung. Wir haben im Verfahren an mehreren Stellen deutlich gemacht, dass man sich nicht nur auf das materielle Steuerrecht konzentriert, sondern sich auch die Frage stellt, wie wir das Steuerrecht einfacher, transparenter und vor allen Dingen im Verwaltungshandling sowohl für das Steuersubjekt, also den Bürger, als auch für die Verwaltung einfacher machen können. Da ist nicht so viel passiert. Möglicherweise werden wir den einen oder anderen zusätzlichen Betriebsprüfer benötigen, um dann in Zukunft dieses Gesetz so zu begleiten, dass

die vom Bund prognostizierten Einnahmen dann auch wirklich eintreten. (C)

(Beifall bei der SPD)

Eine zweite Bemerkung zur Einnahmenseite! Da gibt es in der Tat die unterschiedlichsten Berechnungen. Der Bund hat einmal die 5 Milliarden Euro in Umlauf gesetzt. Ich sage einmal unter uns, dass man das nicht genau berechnen kann. Es gibt eben keine Finanzinstrumente, durch die sich das exakt berechnen lässt, das sind immer Annäherungsgrößen. Volkswirtschaft ist ein dynamisches und lebendiges Gebilde. Sie können das nicht statisch hochrechnen. Es können 5 Milliarden Euro sein, es kann weniger sein, es könnte aber auch wahrscheinlich mehr sein, wir werden das sehen.

Wichtig ist, dass durch konkrete Maßnahmen, ich sagte eben schon Zinsschranke, aber auch Sicherung der Besteuerung bei Funktionsverlagerungen, ganz genau auch Abschreibungsgrenzen, die eingeschränkt werden, Gegenfinanzierungen aufgemacht worden sind. Die kann man rechnen, deswegen ist auch wichtig, dass diese Gegenfinanzierung jetzt im laufenden Gesetzgebungsverfahren nicht durch Lobbyistengruppen aufgegeben wird.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es dabei bleibt, und ich unterstelle jetzt einmal die 5 Milliarden Euro vom Bund, ist in der Tat das richtig, was der Pressesprecher Hermann Pape sagt. Das ist meistens richtig, aber wir rechnen das natürlich à la longue. Das ist immer eine Frage des Zeithorizonts. Wenn Sie natürlich gleich das erste Jahr nehmen, werden Sie möglicherweise, auch nach den Berechnungen des Bundes, auf Ihrem Tableau, wenn wir das einmal auf Bremen herunterbrechen, Einnahmeverluste von 38 bis 40 Millionen Euro pro Jahr haben. Rechnen Sie das bis 2012 oder bis 2015 mit entsprechenden Gegenmaßnahmen, kommen Sie dann möglicherweise auf Null. Das ist eine relativ abstrakte Berechnung, bei der auch die Zeitachse eine Rolle spielt. (D)

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: 2015, das ist doch Spekulation!)

Ich gehe einmal davon aus, dass wir in Bremen, wenn es so kommt, Einnahmeverluste hinnehmen müssen. Wenn man das einmal statistisch vergleichen würde, was wäre wenn, wenn es nicht dazu gekommen wäre, kommt es natürlich zu einer Dynamisierung der Wirtschaft, haben Sie gegenläufige Effekte, dann können Sie nicht mehr sauber auseinanderdividieren, was ist jetzt passiert aus den dynamischen Effekten und was ist einer statistischen Betrachtung geschuldet.

Ich sage voraus, und so haben wir es auch im Haus des Reichs berechnet, wir werden hier mit Einnah-

(A) meverlusten rechnen müssen. Das ist in Bremen als Haushaltsnotlageland, auch mit Blick auf unsere Haushalte, so nicht hinnehmbar, das muss man eindeutig sagen. Wir können uns auf der Einnahmenseite, auch mit Blick auf die Finanzplanung, die wir hier beschlossen und dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt haben, eigentlich keine weiteren Einnahmeverluste leisten. Wir würden uns freuen, wenn wir auch wachsende Einnahmen hätten. Deswegen muss man aus Bremer Sicht das Thema der Haushaltsneutralität weiter betonen. Wir haben immer gesagt, man kann dem zustimmen trotz der handwerklichen Schwächen an der einen oder anderen Stelle, wenn die Aufkommensneutralität für Bremen gewährleistet ist.

Ich sage aber auch noch ein Zweites: Ich finde, wir müssen uns dieses Gesetzgebungsvorhaben auch sozusagen auf Wiedervorlage legen. Aus meiner Sicht ist diese Steuerreform eine Art Vertrauensvorschuss, den wir insbesondere Großunternehmen geben. Ich bin etwas skeptisch, was den Mittelstand oder die kleineren Unternehmen angeht. Dieser Vertrauensvorschuss bedeutet, dass die Unternehmen in der Tat hier bleiben, keine Funktionsverlagerungen betreiben, und vor allen Dingen bedeutet dieser Vertrauensvorschuss für mich eindeutig, dass diese Unternehmen auch Arbeitsplätze schaffen.

(B) Man kann ja seine Leistungen im Staat einerseits über Steuern erbringen, aber man kann sie sicherlich auch über Arbeitsplätze erbringen, wenn man damit die Sozialversicherungssysteme entlastet. Auch das ist eine Leistung! Ich glaube, wir werden gemeinsam genau beobachten müssen, ob in der Tat die Effekte nicht nur von der Aufkommenseite her, also was die Konsolidierung der Haushalte angeht, sondern arbeitsplatzmäßig eintreten werden. Ich denke, wenn dies nicht der Fall sein wird, muss man hier möglicherweise auch gegensteuern. Insofern ist das aus meiner Sicht insbesondere eine Art Vertrauensvorschuss an Großunternehmen. Sie sind aufgefordert und eingeladen, hier auch in Deutschland am Standort über Arbeitsplätze Flagge zu zeigen und ihren Beitrag für diese Volkswirtschaft zu leisten. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Linnert, die Ergebnisse der rot-grünen Steuer- und Finanzpolitik sind doch verheerend gewesen, zum Beispiel bei der Körperschaftsteuer.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie ernten das doch gerade, Herr Pflugradt!)

Da haben wir 2001 ein Minusaufkommen gehabt. Das heißt, wir haben sogar mehr Körperschaftssteuer ausgezahlt, als der Staat bundesweit eingenommen hat. Das wollen Sie als ein Vorzeigemodell aufweisen?

(C)

(Beifall bei der CDU)

Ist es ein Vorzeigemodell, dass wir siebzehnmals Steuerschätzungen hatten, die nacheinander immer wieder weiter nach unten gingen? Es ist doch nicht richtig, dass man automatisch mit Steuererhöhungen mehr Steuereinnahmen bekommt. Irland hat das zum Beispiel belegt. Sie haben den Steuersatz der Körperschaftssteuer auf 12,5 Prozent gesenkt und anschließend ein viermal höheres Körperschaftsteueraufkommen gehabt.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Steuersenkung!)

Steuersenkungen bringen per se auf Dauer Mehreinnahmen! Herr Nußbaum hat es doch eben ausgeführt. Im ersten Jahr mag es zwar sein, dass es weniger Einnahmen gibt, aber unter dem Strich gibt es mehr Einnahmen auf Dauer, weil es insbesondere auch mehr Arbeitsplätze gibt. Das ist das Ziel dieser Reform, und das lassen wir uns von Ihnen auch nicht kaputtreden!

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

(D)

Im Übrigen möchte ich noch einmal darauf hinweisen: Das Ergebnis Ihrer Finanzpolitik war doch, dass Sie zigfach die Maastricht-Kriterien unterlaufen, beziehungsweise nicht eingehalten haben. Was hat denn der Bundeskanzler Schröder damals immer wieder der EU versprochen! Dass sie 2003 eingehalten werden, 2004 sollten sie sogar auf Null kommen! Das Ergebnis ist, erst unter der jetzigen Regierung werden wir das Ziel erreichen, dass wir nächstes Jahr sogar die Einprozentgrenze unterschreiten. Das macht deutlich, dass wir einerseits mehr Steuereinnahmen durch unsere Politik generieren und andererseits gleichzeitig auch mehr Arbeitsplätze schaffen. Ich habe dargelegt, wie das Steueraufkommen bei der Lohnsteuer ist. Wenn es um 9 Prozent wächst, kann das nicht ein falsches Ergebnis einer falschen Politik sein. Das ist richtige Politik, die hier betrieben worden ist.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch ausführen, man kann nicht einerseits sagen, wenn wir jetzt etwas weniger einnehmen, sei das ein Problem. Wir sind Exportweltmeister, wie hier ausgeführt worden ist, und deswegen hätten die Unternehmen ja kein Problem. Die Wahrheit ist doch, da sind sich alle Sachverständigen einig, und auch der sozialdemokratische Vizefraktionsvorsitzende Herr Poss hat das gesagt, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten aus der „Welt“ vom 14. März 2007, da heißt es in dem Artikel: „SPD-Fraktionsvize Joachim Poss verteidigt

(A) hingegen die Reform. Die derzeit hohen Steuersätze führten dazu, dass Unternehmen Gewinne von jährlich 100 Milliarden Euro zwar hier erwirtschafteten, aber im Ausland versteuerten.“

Meine Damen und Herren, wo Herr Poss recht hat, hat er recht. Wir wollen, dass das Geld, welches hier erwirtschaftet wird, auch hier versteuert wird.

(Beifall bei der CDU)

Wenn das Geld auch hier versteuert wird, dann haben wir auf Dauer auch entsprechende Einnahmen, selbst wenn es uns kurzfristig etwas kostet.

Nun zu Ihrer Zahlenakrobatik: Sie sprechen da von 5 bis 6 Milliarden Euro. Ich möchte mich nicht streiten, ich teile das, was Herr Nußbaum hier ausgeführt hat, dass man das nicht auf Heller und Pfennig ausrechnen kann, was solch ein Reformwerk dann letzten Endes einbringen wird. Das hängt mit der konjunkturellen Entwicklung zusammen und so weiter, da spielen viele Dinge mit hinein. Die Tendenz ist doch entscheidend! Sie sprechen davon, diese Steuerreform koste rund 5 oder 6 Milliarden Euro. Diese 5 oder 6 Milliarden Euro gehen ja nicht ausschließlich zu Lasten der Länder. Dazu müssen Sie doch einfach einmal in dieses Papier hineinschauen, dazu ist doch Papier da, wenn es bedruckt wird, dass man es auch liest, und darin steht, dass als finanzielle Auswirkung dieser Unternehmenssteuerreform für die Gebietskörperschaften mit 5,015 Milliarden Euro an negativen Auswirkungen zu rechnen ist.

(B) Auf den Bund entfallen davon 2,6 Milliarden – ich kürze es ab –, auf die Länder 2,3 Milliarden, und bei den Gemeinden ist ein Plus von 10 Millionen Euro. Ich habe das schon in meiner Eingangsrede ausgeführt, wir sind als Land und als Kommune davon betroffen. Als Kommune haben wir ein Plus, und ich habe dazu ausgeführt, dass unser Steuersatz nicht 400 beträgt, bei dem der Durchschnitt bei dieser Berechnung liegt, sondern bei 440 liegt, dass wir ein höheres Plus bei der Gewerbesteuer haben werden. Die Länder sind nur mit 2,3 Milliarden Euro, Herr Dr. Sieling, und nicht mit 5 oder 6 Milliarden Euro betroffen.

2,3 Milliarden ergeben nicht 60 Millionen Euro, wie Sie, Frau Linnert, hier ausgeführt haben. Das ist ein Ammenmärchen, was Sie uns hier vorgaukeln, das passt in die rot-grüne Misswirtschaft, die wir gehabt haben, hinein, aber ist nicht seriös.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, deswegen will ich hier auch mit Genehmigung des Präsidenten Herrn Steinbrück aus dem „Weser-Kurier“ vom 15. März 2007 in einem Interview zitieren. Die Frage lautet: „Die Regierung beschließt Steuergeschenke für Unternehmen, während die Bürger mit höherer Mehrwertsteuer

belastet werden. Was antworten Sie den Kritikern? Peer Steinbrück: Wir machen keine Steuergeschenke für Unternehmen. Die Reform ist eine Investition in die Zukunft. Die Steuerbasis in Deutschland wird so erhalten und erweitert, das nützt dem Wirtschaftswachstum und den Arbeitsplätzen. Wir machen Schluss mit der Unsitte, dass sich Firmen in Deutschland künstlich arm rechnen und Gewinne ins Ausland verschieben. In Deutschland erzielte Gewinne werden zukünftig auch in Deutschland versteuert werden. Das ist ur-sozialdemokratisch.“ Den letzten Satz unterschreibe ich nicht, aber alles andere kann man wirklich teilen und ist auch richtig.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen wird diese Steuerreform, selbst wenn sie, wie das im Bundestag üblich ist, so wie ein Gesetzespaket in den Bundestag hineinkommt, nicht wieder hinausgehen. Es gibt dort immer wieder Veränderungen. Klar ist auch, diese Reform wird verabschiedet werden, auch wenn Sie da Bedenken haben, Herr Dr. Sieling und Sie von den Grünen.

Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, wir können nicht einerseits sagen, solch eine Reform lehnen wir ab, weil sie zu Mehraufwendungen führt, aber gleichzeitig haben wir durch die Mehrwertsteuererhöhung allein in diesem Jahr 64 Millionen Euro Mehreinnahmen. Wir werden 2008, in dem Jahr, in dem die Steuerreform in Kraft tritt, 73 Millionen Euro Mehreinnahmen haben, und wir werden im Jahr 2009 75 Millionen Euro Mehreinnahmen haben. Wir können uns nicht die Maßnahmen der Bundesregierung, die zu Mehreinnahmen führen, herauspicken und sagen, das kassieren wir einfach ein, und alles andere lehnen wir ab. Unter dem Strich, meine Damen und Herren, wird diese Reform zu mehr Arbeitsplätzen und dann auch zu mehr Steuereinnahmen führen. Davon bin ich überzeugt, und deswegen ist es auch richtig, dass sie beschlossen wird. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der Frage von Rückmeldungen aus der Großen Koalition gibt es ja eine bunte Reihe. Da heißt es zum Beispiel in der „Bild“-Zeitung vom 20. März, der Chef der CDU, Rheinland-Pfalz, Christian Baldorf – –.

(Zurufe von der SPD und von der CDU)

Lesen Sie diese Zeitung nicht? Ich lese sie regelmäßig. Das gehört mit dazu, dass man sich informiert, was auch in dieser Zeitung steht. Damit habe ich kein Problem. Christian Baldorf: „Gerade angesichts spru-

(C)

(D)

(A) delnder Steuerquellen muss die Große Koalition jetzt für Entlastung sorgen. Die Menschen empfinden es als ungerecht, wenn wir die Wirtschaft entlasten, aber den einfachen Steuerzahler vergessen.“ Das ist dann vielleicht auch ur-sozialdemokratisch, ich weiß es jetzt auch nicht.

Herr Pflugradt, Sie haben unheimliche Schwierigkeiten, hier konsistent zu argumentieren. Das ist, glaube ich, Ihr Problem.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Erst haben Sie die Lotterwirtschaft der rot-grünen Steuerreform, der Bremen ja im Übrigen plus Kanzlerbrief zugestimmt hat, hier angeprangert und behauptet, ich hätte diese Reform als modellhaft bezeichnet. Das müssen Sie mir einmal zeigen in meiner Rede. Das habe ich überhaupt nicht gesagt, weil es auch nicht meine Auffassung ist. Jedenfalls war das die größte Steuerentlastung in der Geschichte Deutschlands, die Sie jetzt gerade ganz schrecklich fanden. In Wirklichkeit hat Bremen dem aber zugestimmt. Außerdem haben Sie dann erzählt, dass Steuerentlastungen ja mehr Steuereinnahmen brächten. Gleichzeitig hat Bremen aber versucht, auf der Basis der Steuerausfälle im Rahmen des Kanzlerbriefs 500 Millionen Euro zu bekommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Diese Kapriole in der Argumentation wird überhaupt niemand mehr verstehen. Es ist eben nicht so, dass jede Steuer – –.

(Abg. F o c k e [CDU]: Steuerreform! –
Beifall bei der CDU)

Körperschaftssteuer, ja, da gab es sehr große Probleme, deshalb bin ich auch weit davon entfernt, diese Steuerreform als modellhaft zu bezeichnen. Ich bin der Auffassung, dass der Staat die Steuern an die Lage seiner eigenen Finanzierung anpassen muss. Ich glaube auch nicht an das Ammenmärchen, dass jede Steuersenkung höhere Steuereinnahmen nach sich zieht, sondern es gibt ganz bestimmte Situationen, ganz bestimmte Instrumente und auch eine ganz bestimmte Konjunkturlage, bei denen das so ist.

Als Automatismus funktioniert das überhaupt nicht. Im Übrigen ist es so, dass, wenn Sie selbst recht haben, nämlich, dass jede Steuersenkung Steuermehreinnahmen nach sich zieht, das, was die Große Koalition in Berlin jetzt erntet, letztendlich dann ja ausschließlich Ergebnis der von Ihnen hier so kritisierten rot-grünen Steuerreform sein muss. Auch das gehört mit zu Ihrem dreifachen Rittberger.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was ich gern noch einmal aus grüner Sicht sagen möchte, ist, ich glaube, dass man fachlich einem gro-

ßen Irrtum aufsitzt, wenn man die Volkswirtschaften von Lettland oder Irland mit der deutschen Volkswirtschaft vergleicht. Man wird mit keinem Instrument des Staates der Welt Wachstumsraten in hoch entwickelten Volkswirtschaften erzielen, wie das in diesen Ländern übergangsweise möglich gewesen ist. Es ist einfach nicht redlich, darauf zu verweisen, dass man das einfach rezeptmäßig so machen muss, wie sie das dort gemacht haben, und dann funktioniert das hier auch.

Es ist ein Unterschied, ob man in Lettland eine viel geringere staatliche Infrastruktur hat, wo ja gerade dann die Ausgaben des Staates geringer sind, zugegeben da auch ein großer Nachholbedarf besteht, oder ob wir hier ein sich über Jahre hinweg entwickelndes Gemeinwesen haben, das finanziert und ausgestattet werden muss. Das ist nicht redlich, Instrumente von der einen zur anderen Seite zu legen und zu glauben, man könnte das kopieren. Eigentlich halte ich das, ehrlich gesagt, für Propaganda. So funktioniert das einfach überhaupt nicht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist nicht so, dass alle Steuerentlastungen Steuermehreinnahmen erzeugen. Es ist auch nicht so, dass es am allerbesten wäre, wenn Unternehmen überhaupt keine Steuern zahlen würden, sondern es ist so, dass wir ein funktionierendes Gemeinwesen nur mit Steuereinnahmen auch von Unternehmen finanzieren können.

Herr Pflugradt, Sie haben sich einfach über die Frage, was heißt das für Bremen, hinweggemogelt. Sie haben einfach nur behauptet, es gebe keine Ausfälle für Bremen. Dies ist aber nicht so! Nach den Prognosen wird Bremen mit Steuerausfällen zu rechnen haben. Sie haben hier dem Parlament gegenüber nicht gesagt, wie Sie im Rahmen der Finanzplanung, die Karlsruhe gemeldet wurde, darauf reagieren wollen. Gleichzeitig werden ja gerade mit großem Getöse von der CDU lauter Dinge in die Öffentlichkeit verbreitet, die ordentlich Geld kosten. Diesem finanzpolitischen Widerspruch haben Sie sich hier nicht gestellt. – Ich bedanke mich!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich auch nur gemeldet, weil Sie, Herr Kollege Pflugradt, wie Frau Linnert das so schön formuliert hat, sich beim Ringen mit der Konsistenz Ihrer Argumente etwas verfangen haben und dabei leider in den Burggraben gefallen sind. Es ist notwendig, dass in einem solchen Hause die Zahlen nicht über die Stühle und über die Köpfe fliegen. Wenn Sie schon zitieren und den Ab-

(C)

(D)

- (A) geordneten Poss zitieren, dann, finde ich, muss das auch richtig geschehen.

Ich nehme Bezug auf die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Quantifizierung/Auswirkungen der Steuerreform. Sie haben die Behauptung aufgestellt, dass die Länder lange nicht so betroffen seien. Demnach ist es natürlich so, dass der Bund in stärkerer Weise betroffen ist. Ich verweise nur darauf, dass man in der Tat – der Finanzsenator hat darauf hingewiesen – das Ganze über die Jahre betrachten muss.

Im Jahr 2008 kommt es zu Ausfällen in Höhe von 7,9 Milliarden Euro, das sind Regierungszahlen in diesem Zusammenhang, und es gibt weit höhere Prognosen. 2009 6,9 Milliarden, 2010 6,6 Milliarden – Minus immer! –, 2011 4,9 Milliarden, 2012 immer noch 3,3 Milliarden! Ich bin ganz auf der Seite des Finanzsenators, wenn er die Hoffnung formuliert, dass 2015 endlich die Null erreicht ist. Das dauert mir aber zu lange, und auch das können wir uns nicht erlauben.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Pflugradt, ich mache mir auch Sorgen um den Bund. Ich bin hier auch als Landespolitiker in einer Verantwortung für die Bundespolitik.

(Lachen bei der CDU)

- (B) Die rechte Seite des Hauses höhnt da nur, da sind die Sorgen geringer ausgeprägt. Die Länder jedenfalls verlieren im Jahr 2008 2,9 Milliarden, im Jahr 2009 2,78 Milliarden, im Jahr 2010 2,8 Milliarden, im Jahr 2011 2,1 Milliarden und im Jahr 2012 1,5 Milliarden Euro. Die Gemeinden sind auch negativ betroffen. Erst im Jahr 2012 kommen bescheidene 46 Millionen Euro plus. Ich sage Ihnen nur, wenn Sie 2,9 Milliarden nur für die Länder nehmen, dann sind Sie genau auf Bremen heruntergerechnet bei der Regel von einem Prozent bei 30 Millionen Euro Ausfall. Das ist der Punkt, den wir uns nicht erlauben können.

Bitte argumentieren Sie konsistent, verheddern Sie sich bitte auch an der Stelle nicht! Das ist der zweite und der viel wichtigere Punkt! Hier Peer Steinbrück zu zitieren mit genau den wichtigen Elementen der Reform, nämlich die Abschreibungsmöglichkeiten zurückzunehmen, die Zinsschranke einzuführen, Senator Nußbaum hat hier die notwendigen Ausführungen dazu gemacht. Die Frage der Funktionsverlagerung anzugehen und so weiter, das führt dazu, dass diese Unternehmenssteuerreform ein gutes Werk werden kann. Darum ist es auch richtig, diesen Weg weiterzugehen und die Beratung in die Richtung weiterzuführen.

Aber Sie führen hier Argumente für die Reform an, die leider von Ihren Kolleginnen und Kollegen auf Bundesebene bekämpft wird. CDU, CSU mit Herrn Glos und Herrn Meister stehen da und polemisieren gegen die Zinsschranke, gerade gegen die Elementen,

te, die diese Reform vertretbar und am Ende auch finanzierbar machen. Deshalb bin ich der Auffassung, da sollten wir gemeinsam herangehen! Ich würde mich freuen, wenn die Bremer CDU hier auf den richtigen Pfad käme und wir damit nicht erst Verluste in Kauf nehmen müssten, sondern gemeinsam ordentlich voranmarschierten, das wäre vernünftiger! Leider konnte ich das Ihren Worten hier nicht entnehmen. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aktuelle Stunde geschlossen.

Zukunft des Vereinsmanagements bei Sportvereinen im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 18. Dezember 2006
(Drucksache 16/1251)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 13. Februar 2007

(Drucksache 16/1306)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Röwekamp.

Meine Damen und Herren, gemäß Paragraf 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich gehe davon aus, Herr Bürgermeister Röwekamp, dass Sie darauf verzichten wollen, sodass wir gleich in die Aussprache eintreten können.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Gerling.

Abg. **Gerling** (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns in den letzten Jahren in enger Kooperation mit den zuständigen Einrichtungen und Organisationen intensiv mit der Zukunft der Sportpolitik in dem Vereinssport im Lande Bremen befasst. Ich glaube, wir können mit unseren zielstrebigem und gemeinschaftlichen Arbeiten sehr zufrieden sein. Mein Dank gilt dabei besonders dem LSB, der mit der Allianz für den Sport einen Grundstein für mehr Eigenverantwortung und Zukunftssicherung gelegt hat.

Unsere Aufgabe besteht in der Sportpolitik darin, den Vereinen und Verbänden verlässliche Rahmenbedingungen zu geben und ihnen, soweit es uns möglich ist, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Wir diskutieren nun heute die Möglichkeiten, die sich den

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Vereinen bieten, um ihre unersetzliche und zentrale Stellung in der bremischen Gesellschaft zu stärken und sich fit für die Zukunft zu machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Vereinsmanagement, lassen Sie sich dieses Wort auf der Zunge zergehen! Man kombiniert den Inbegriff des Gemeinsinns, der dabei in Deutschland auf eine lange Tradition zurückblicken kann, mit dem neumodischen Wort Management, das für kühle Berechnungen, Effizienz und Gewinnstreben steht. Manch einer könnte hier denken, die Ökonomisierung unseres Zusammenlebens greife hier in eine letzte Bastion unserer Gesellschaft ein. Wenn in Vereinen dieser Schritt nicht gelingt, dann werden nämlich die kommerziellen Sportanbieter, die schon längst auf das gesamte betriebswirtschaftliche Arsenal zurückgreifen, den gemeinnützigen Sportvereinen den Rang ablaufen.

Angesichts der hohen Mitgliederbeiträge der kommerziellen Anbieter würde das zum Ausschluss großer Gesellschaftsteile aus vielen Sportarten führen, und dann hätten wir die Ökonomisierung unserer Gesellschaft in ihrer wirklichen, schädlichen Form. Es gilt also, die Vereine zu stärken und die Zukunft aktiv zu gestalten und dies selbstverständlich auch mit den Mitteln der Betriebswirtschaft. Das Informations- und Kursangebot des Landessportbundes und des Turnverbandes im Bereich des Vereinsmanagements ist nach wie vor besonders geeignet, die Funktionsträger in den Vereinen auf dem Gebiet des Vereinsmanagements zu schulen. Ein Blick auf die Praxisorientierung; dort kann Unterstützung eingefordert werden. Das ist jedoch nur eine der Säulen, auf der eine bessere betriebliche Führung und Leistung des Vereinssports sicher stehen kann.

(B)

Darüber hinaus möchte ich auf drei weitere wesentliche Aspekte eines innovativen Vereinsmanagements verweisen: Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass bei Knappheit öffentlicher Mittel und bei Abnahme der Kaufkraft unserer Bürger eine neue Betrachtungsweise für die Zukunft unserer Vereine notwendig ist. Ich möchte zunächst auf das Schlagwort der Professionalisierung hinweisen, das nicht nur hier in dem entsprechenden Bereich zunehmend Bedeutung hat. Professionalisierung heißt auch für den Vereinssport, dass eine hauptamtliche Geschäftsführung, allerdings bei entsprechender Größe der Vereine, eingesetzt wird.

Meine Damen und Herren, wenn die Vereine im Land Bremen sich derart professionalisieren, dann sind sie nicht nur nach innen besser auf die Zukunft vorbereitet, sondern sie können auch mit externen Einrichtungen und Organisationen besser kooperieren. Hierzu gibt es, wie Sie wissen, einige attraktive Beispiele. Dazu gehören zum Beispiele Vereine, Krankenkassen, Seniorenverbände und natürlich unsere Schulen. Doch die Vereine können noch einen Schritt weitergehen. Ich denke, dass in der vertieften Kooperation von Vereinen bis hin zu Fusionen weitere

Möglichkeiten der betriebswirtschaftlichen Optimierung und somit der Zukunftsfähigkeit der Vereine liegen.

(C)

Auch wenn auf der Grundlage der traditionellen Unabhängigkeit, Selbstständigkeit und Einzigartigkeit jedes einzelnen Vereins der Gedanke an eine Fusion mit einem anderen Verein ungewöhnlich ist, müssen wir und die zuständigen Institutionen anregen, dass Vereine derartige Überlegungen zugunsten ihrer Zukunftssicherung anstellen. Die Einzelvereine, die nunmehr als selbstständige Abteilungen geführt würden, würden damit auch von dem Druck bürokratischer Verwaltungsvorgänge im Kontakt mit staatlichen Einrichtungen entlastet. Denn ein betriebswirtschaftlich ausgebildeter Geschäftsführer ist selbstverständlich in der Lage, Entscheidungen und Vorgänge dieses Bereichs besser zu bearbeiten, als es ehrenamtliche Geschäftsführer in kleinen Vereinen können.

Meine Damen und Herren, ein weiterer wichtiger Aspekt für ein zukunftsweisendes Vereinsmanagement ist die Ausschöpfung weiterer Nachfragepotenziale und Öffnungen der Vereine für neue Finanzquellen. So wurde in der Studie „Sport und Ökonomie“ von Herrn Professor Hickel die Empfehlung ausgesprochen, dass die Krankenkassen sich an der Finanzierung der Sportvereine beteiligen sollten. Es ist uns allen wohl deutlich, dass man diese Empfehlung nicht von heute auf morgen realisieren kann. Ich finde aber, dass die Angebote im Bereich Gesundheitssport wie zum Beispiel Herz-Kreislauf-Training, die ja schon teilweise durch die Krankenkassen finanziert werden, dafür ein guter Anfang sind. Grundsätzlich ist es begrüßenswert, dass die Vereine in den letzten Jahren gelernt haben, ihr Angebot durch Kursangebote auszuweiten.

(D)

Es ist mir ein besonderes Anliegen, darauf hinzuweisen, dass betriebswirtschaftliche und Kooperationsüberlegungen in keiner Weise die ehrenamtliche Tätigkeit in unseren Vereinen in unangemessener Weise bewerten sollen, im Gegenteil, ich bin davon überzeugt,

(Glocke)

dass nur durch die professionelle Hilfe, die etwa ein Geschäftsführer in einem Sportverein leisten kann, die Arbeit der Ehrenamtlichen sich mitentfalten kann, denn sie brauchen, um ihre wertvolle Arbeit leisten zu können, Entlastung von allen technischen und bürokratischen Kleinigkeiten. War es soweit?

Präsident Weber: Ja, Herr Abgeordneter, wir haben eine Fünf-Minuten-Redezeit vereinbart.

Abg. **Gerling** (CDU): Der Sportverein wird wesentlich durch ehrenamtliche Leistungen getragen. – Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

(A) **Präsident Weber:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Pohlmann.

Abg. **Pohlmann** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist noch nicht so lange her, da wurde Sport, mein Kollege Gerling hat es eben auch schon einmal aufgeführt, gerade damit in Verbindung gebracht, es ginge allein um gesellschaftliches Vereinsleben, Freude an der Bewegung sowie Wettkampf und Leistung. Heute ist jedoch der Begriff Sport besetzt mit Schlagworten wie soziale Integration, Gesundheitsvorsorge, demografische Entwicklung, Angebotsvielfalt, wirtschaftliche Interessen, Wettbewerb mit kommerziellen Anbietern.

Gestatten Sie mir, mit Genehmigung des Präsidenten einmal den ehemaligen Bundesverfassungsrichter Dieter Grimm zu zitieren! Er hat die positiven und negativen gesellschaftlichen Auswirkungen des Sport folgendermaßen zusammengefasst: „Sport trägt zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei, sät aber auch Zwietracht. Sport fördert die Völkerverständigung, ist aber auch für Nationalismus anfällig. Sport hält zur Fairness an, wird aber auch Anknüpfungspunkt für Gewalt. Sport leistet einen wichtigen Gesundheitsfürsorgepunkt, ist aber auch Quelle großer gesundheitlicher Schäden und auch ihrer sozialen Folgeschäden. Ich benenne hier nur den ganzen Bereich, gerade was Doping betrifft.“

(B) Sie sehen also, meine Damen und Herren, es gibt durchaus zwei, wenn nicht sogar mehrere Gesichter. Die Große Anfrage spricht hauptsächlich, also durch die Beantwortung des Senats, die wirtschaftliche Seite an, oder sollte ich sagen, die Überlebensmöglichkeiten der Sportvereine? Die für mich einigermäßen distanzierte Antwort des Senats mindert meine Sorge überhaupt nicht! Ich will das an drei Punkten deutlich machen:

Erstens, der Senat antwortet, er betrachte mit Sorge, dass die von der Vereinsführung zu erfüllende Aufgabe zu vielschichtig und oftmals bürokratischen Komplexen ausgesetzt sei und dass dies hauptamtliches und auch sehr qualifiziertes Personal erfordere. Er sagt aber nicht, wie und bis wann der bürokratische Aufwand für Vereine mit überwiegend ehrenamtlich Tätigen abgebaut werden soll und wie überhaupt Vereine hauptamtlich qualifiziertes Personal in einer flächendeckenden Breite auch finanzieren können.

Der Senat konstatiert, dass ehrenamtlich tätige Funktionsträger Hilfestellung in betriebswirtschaftlicher Hinsicht benötigen. Er vertritt die Auffassung, dass die Vereine sich primär selbst helfen müssen. Welchen Schluss sollen ehrenamtlich geleitete Vereine aus dieser Perspektive und aus dieser Beantwortung ziehen? In Antwort drei empfiehlt der Senat den Vereinen, sachverständige Hilfe unabhängiger Wirtschaftsprüfer in Anspruch zu nehmen. Auch diese Antwort ist nicht sonderlich hilfreich, das möchte ich noch einmal ausdrücklich betonen! Ein Wirtschaftsprüfer kostet Geld, er setzt Kapazitäten, er bindet sie

auch von den Vereinen, er bedeutet eine zusätzliche finanzielle und auch personalmäßige Zuarbeit.

(C)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich betone, es sind die Sportvereine, die die Arbeit vor Ort machen. Sie brauchen unsere ganze und besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung. Weil wir das wissen, sind wir verpflichtet, den Vereinen durch verlässliche Rahmenbedingungen Planungssicherheit für einen Zeitraum zu geben, dass sie auch wirklich auf dieser Grundlage ihre Vereinsarbeit leisten können.

Ich stelle für die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion Folgendes vor: Erstens, die Übungsleiterpauschale wird wie in den kommenden Jahren in vollem Umfang gesichert. Zweitens, die Vergabekriterien für die Wettmittel werden modifiziert; Folgeschwerpunkte und Förderschwerpunkte bleiben die Vereine. Drittens, der Sanierungsstau bei den Sportanlagen wird in den Haushalten 2008/2009 in einem Sonderprogramm ausgewiesen, dafür setzen wir uns ausdrücklich ein, dass hier dieser Sanierungsstau aufgehoben wird!

(Beifall bei der SPD)

Viertens, das Sportamt wird darauf orientiert, eine Handreichung zur Kooperation zur Zusammenarbeit von Vereinen aufzuarbeiten oder auch sie anzuleiten. Fünftens, wird regelmäßig über Teilnahmemöglichkeiten an Projekten wie zum Beispiel „Kinder leicht und gesund“, „Junge Familien in Schwung“, „Sport pro Gesundheit“, oder „Integration durch Sport“ informiert, und Vereine erhalten Unterstützung bei der Teilnahme.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Ich fordere als einen weiteren Punkt und bitte das Sportressort, zeitnah alle Programme „Fortbildung“, „Qualifizierung“ oder Sonderprogramme wie „Integration“ zu evaluieren, um die Wirksamkeit von Programmen einschätzen und den Mitteleinsatz bewerten zu können. Das ist, glaube ich, ein wichtiger Punkt, damit wir auch strategisch ansetzen können, um langfristig die Sicherstellung der Grundfinanzierung für den Sport abzusichern.

Zum Schluss möchte ich noch kurz auf das Papier des Landessportbundes „Allianz für den Sport“ eingehen: In diesem Papier geht es ganz grundsätzlich um die Organisation des Sports im Land Bremen. Es geht um Sportstrukturen, Sportstätten, Sportförderung und Gestaltung von Förderinstrumenten und damit um das öffentliche Geld, und es geht um den Ausbau der Bildungswerke des Sports.

Über diese Fragen, meine sehr verehrten Damen und Herren, gilt es, langfristig auch sehr intensiv mit dem Sport, mit seinen Organisationen zu diskutieren, in einen Dialog einzutreten, um hier auch die Perspektiven einer Strategie, nämlich eine Stadtgesellschaft so umzubauen, dass wir auch in den zukünftigen

- (A) tigen Generationen hier verlässliche Sportvereine haben, sicherstellen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Dafür stehen wir als sozialdemokratische Bürgerchaftsfraktion, und dafür werden wir uns auch in der Zukunft aktiv einsetzen. – Danke sehr!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben hier, das haben die beiden Vorredner gezeigt, ganz wenige politische Unterschiede oder Auseinandersetzungen in diesem Bereich. Ich wollte vorab einmal sagen, dass die Beantwortung der Anfrage auf einem sehr hohen Niveau erfolgt ist. Das ist schwergängig, um das politisch hier in der Debatte zu übersetzen, aber es ist von den Hintergründen, die zugrunde liegen, eine sehr gute, fast schon wissenschaftlich akribische Arbeit, mit der hier die Große Anfrage beantwortet worden ist. Abgesehen von dieser sehr kurzen Fünfminutendebatte wird man sicherlich in den nächsten Jahren noch den einen oder anderen Inhalt sehr intensiv nutzen können, um hier voranzukommen.

(B)

Lassen Sie mich am Anfang noch einmal sagen, dass die Sportvereine in unseren Stadtteilen in Bremen und Bremerhaven, in der Tat ist das so schnell dahingesagt, man muss es sich aber einmal ein bisschen vor Augen führen, eine unheimlich wichtige Funktion haben! Vielleicht können die Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, die mit dem Bereich nicht so zu tun haben, sich einmal für einen Moment ihren Stadtteil vorstellen, aus dem sie kommen, und sich für einen Moment einmal vorstellen, wie es dort zugeht, wenn sie dort keine Sportvereine hätten, was es im sozialen Bereich, im Bereich der Jugendarbeit, im Bereich der Ausländerintegration, im Bereich der Gesundheit und in vielen anderen Bereichen bedeuten würde, wenn Sie in Gröpelingen, in Kattenturm, in Huchtingen keinen Sportverein hätten, in dem mit ehrenamtlicher Arbeit eine große Leistung erbracht wird, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aus dieser kleinen Übung heraus sieht man schon, dass wir hier einen Bereich haben, der nicht vom Staat organisiert wird, sondern ehrenamtlich, der mit relativ bescheidenen Mitteln bezuschusst wird, der aber in seinen verschiedenen Funktionen im Stadtteil gar nicht groß genug eingeschätzt werden kann. Ich glau-

*) Vom Redner nicht überprüft.

be, wenn wir die Vereine in der Form nicht mehr hätten, selbst wenn wir alle möglichen Programme von Staats wegen erfinden würden, wir könnten niemals diese Funktion so ersetzen.

(C)

Das heißt aber auch, dass die Kolleginnen und Kollegen, die in dem Sportverein eine Funktion übernehmen, und wir kennen viele davon, die praktisch noch einmal einen halben Arbeitstag auf ihren normalen Arbeitstag oben darauf setzen, mit sehr großen, gestiegenen Anforderungen zu tun haben. Herr Gerling und Herr Pohlmann haben darauf auch schon hingewiesen. Im Grunde genommen managt man heutzutage ein kleines Unternehmen so nebenbei ehrenamtlich, dort, wo kein hauptamtliches Personal vorhanden ist.

Das ist eine sehr hohe Anforderung, zumal nach dem Vereinsrecht auch nicht wenige in der Haftung stehen, dann auch noch selbst persönlich für finanzielle Erfolge oder Misserfolge im Verein geradezustehen. Es ist ganz wichtig, dass wir in Zukunft diese Menschen weiter gewinnen, diese Funktionen auszuüben. Ich stimme zwar zu, dass wir hauptamtliches Personal in den größeren Vereinen brauchen, aber das wird vielleicht einmal ein Geschäftsführer sein oder vielleicht einmal ein, zwei hauptamtliche Personen. Die Hauptarbeit wird immer noch ehrenamtlich von Vorständen getragen werden, von den vielen Übungsleitern mit ihrer geringen Entschädigung, sodass wir diese Menschen unbedingt brauchen, um hier voranzukommen.

(D)

Es gibt allerdings auch, das will man in so einer Debatte nicht verschweigen, Probleme, die, finde ich, heute vor allen Dingen aus der Vergangenheit herühren. Ich glaube nicht, dass wir im Moment eine Sportpolitik machen, die diese Probleme noch begünstigt. Aber wir haben aus der Vergangenheit nicht nur die 12 Millionen Euro Bürgschaften, die wir vor uns herschieben, die größtenteils aus den Siebziger-, Achtzigerjahren aber auch noch aus den Neunzigerjahren stammen. Wenn man sich das einmal ein bisschen genauer anschaut, wie die Vereine dort mit Hypotheken belastet sind, dann sieht man, dass es teilweise sehr geringe Tilgungsraten gibt. Das heißt, die Vereine sind im Grunde genommen gar nicht in der Lage gewesen, die Gegenleistungen zu erbringen oder das Abtragen dieser großen Kredite für die großen Vorhaben aus den Mitgliedsbeiträgen und aus den wenigen Einnahmen, die sie haben, zu leisten.

Hier haben wir in der Tat ein Problem, das teilweise in Bremen überdimensioniert geplant worden ist, dass Objekte teilweise aus den Vereinen heraus, aber teilweise auch, wie wir wissen, durch Empfehlungen der Politik von Vereinen ins Leben gerufen worden sind, die in dieser Dimension heute finanziell dem Verein teilweise das Wasser abgraben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Hier müssen wir ganz klar schauen, dass wir den Vereinen helfen klarzukommen, die Mittel für die Zu-

(A) kunft so umzuschichten und bereitzustellen, dass die Vereine aus diesen Zwangslagen wieder herauskommen. Wir haben einige Beispiele, man sehe nur in dem Verein des jetzigen LSB-Präsidenten Zenner, wo man in Arsten und bei Komet zwei Vereine zusammengeführt hat, um ein Problem, was wir beim VFB Komet hatten, zu lösen. Das hat, wie ich finde, sehr gut geklappt, es hat auch so geklappt, dass es nicht zu einem großen Politikum hochgezogen worden ist, sondern dass sich alle bemüht haben, im Sinne der Vereinssportler dort im Bremer Südwesten das Problem zu lösen.

Gleichwohl gehört zu diesen Lösungen auch, dass wir strukturell in der Zukunft noch mehr Wert darauf legen, und vielleicht können wir einmal gemeinsam darüber nachdenken, ob es Sinn macht, auch Mittel, die wir in der Sportdeputation vergeben, stärker in diesen Bereich hinein umzusteuern, dass die Qualifizierung – es ist der letzte Satz, Herr Präsident, ich komme zum Ende – der ehrenamtlichen Menschen in den Vereinen, und hier findet beim Landessportbund schon einiges statt, noch stärker ins Visier genommen wird. Wenn wir von einem Management bei Vereinen sprechen und wenn wir gesunde Vereine haben wollen in der Zukunft, die diese Sportarten bei uns in Bremen und Bremerhaven anbieten, dann können wir sie nur auf gesunde Füße stellen, wenn die Menschen tatsächlich nicht nur finanziell, räumlich durch die Sportstätten, sondern durch eine qualifizierte Fort- und Weiterbildung in ihren Funktionen wesentlich unterstützen. Bisher haben wir an diesem Punkt immer an einem Strick gezogen, und ich würde mir das auch für die Zukunft wünschen. – Vielen Dank!

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Röwekamp.

Bürgermeister Röwekamp: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin etwas überrascht, weil das jetzt die zweite Debatte ist, an der die FDP nicht teilnimmt, und ich mir nicht ganz sicher war, ob wir im Landtag sind oder in der Stadtbürgerschaft. Ich dachte, das Thema Unternehmenssteuerreform ist ein klassisches Thema der FDP, aber irgendwie scheint sich die FDP auch aus diesem Thema verabschiedet zu haben. Insofern etwas Überraschung, meine sehr verehrten Damen und Herren! Aber plangemäß verläuft die Debatte konsensual in der Sportpolitik, und das ist sicherlich an dieser Stelle auch richtig und vernünftig so.

Ich will nur daran erinnern, dass wir im Land Bremen, und davon darf der Blick dieser Debatte auch nicht ablenken, rund 430 Vereine haben, die alle überwiegend in ihrem Bestand kernsolide und gesund sind. Sie sind es nicht, obwohl sie ehrenamtlich geführt werden, sondern meine persönliche Auffassung ist,

sie sind es, gerade weil sie ehrenamtlich geführt werden, weil Menschen sich in ihrer Freizeit in einem Maß für den Verein einsetzen, das man von mitarbeitendem Personal häufig dann doch nicht erwarten kann.

(C)

Deswegen darf nicht der Eindruck entstehen, als ob wir erstens ein flächendeckendes Problem in Bremen hätten, was die Vereinsführung der rund 430 Vereine betrifft, zweitens darf nicht der Eindruck entstehen, dass wir diese Vereine mit mehr staatlicher Fürsorge bedenken müssen, denn die große Gefahr ist, wenn wir als Staat anfangen, uns um Vereinsmanagement zu kümmern, dass es für die Vereine nicht leichter, sondern schwieriger wird. Ich glaube, die Vereine sind gut aufgestellt und gut beraten und flexibel genug, in ihrer jetzigen Struktur auch den Herausforderungen an künftige Vereinsmanagementmethoden gerecht zu werden.

Die zweite Bemerkung, die ich an dieser Stelle machen möchte, ist, ja, es stimmt, wir haben Risiken herausgelegt für Vereine, die in früheren Jahrzehnten, wie Herr Dr. Güldner gesagt hat, entstanden sind. Auch hier darf aber nicht der Eindruck entstehen, als ob diese Risiken, die wir als Staat als Hilfestellung für verbürgte Kredite der Vereine betrachten, nun überwiegend gefährdet seien, sondern die Vereine mühen sich, teilweise trotz zurückgehender Mitgliederzahlen und zurückgehender Mitgliedsbeiträge, diese Kredite weiter zu bedienen. Der überwiegende Teil der Risiken ist durch die Vereine ordentlich bedient worden in den letzten Jahren. Auch insofern darf nicht der Eindruck entstehen, wir würden da auf eine Welle von 12 Millionen Euro zulaufen.

(D)

Die dritte Bemerkung, die ich an dieser Stelle machen möchte, ist, dass ich glaube, dass es selbstverständlich richtig ist, was Herr Pohlmann sagt. Wir überfrachten die Vereine teilweise natürlich mit bürokratischem Aufwand, sodass der gängige Spruch ist, ohne einen Rechtsanwalt und einen Steuerberater im Vereinsvorstand kann man einen Verein heutzutage kaum noch führen. Aber die Wahrheit ist, manchmal machen Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Rechtsanwälte das Leben auch schwieriger und nicht leichter. Deswegen, glaube ich, kommt es darauf an, dass wir die Vereine in ihrer Aufgabenwahrnehmung gut beraten. Ich kann nur über das sprechen, was unser Sportamt als Rückmeldung vom Vereinsmanagement betrifft.

Ich glaube, wir sind nicht gerade ein Ausbund an Bürokratie mit unserem kleinen Sportamt, sondern dort herrschen Verhältnisse, mit denen man als Vereinsvorsitzender umgehen kann. Da gibt es Gesprächsbereitschaft und Handlungsmöglichkeiten, da bestehen auch Beratungsangebote, die wir als Sportamt vermitteln. Für Bremerhaven weiß ich, dass es genauso organisiert ist. Auch da ist das Sportamt sehr fachlich aufgestellt und hat immer einen Blick auf die Interessen der Vereine. Wir versuchen nicht, die Vereine mit irgendwelchen abstrakten Förderkriterienkatalogen und Antragsformularen zu quälen, sondern

(A) wir versuchen, ihnen zu helfen, sich hier möglichst breit aufzustellen und auch die Unterstützung zu bekommen, der sie bedürfen.

Das fängt bei Übungsleiterhonoraren an und hört bei der Zuwendung aus Toto- und Lottomitteln beispielsweise auf, die wir zwar sachgerecht nach Haushaltsrecht und -gesetz entsprechend vergeben, aber wo wir eben nicht nur darauf warten, dass man bei uns Anträge stellt, sondern wo wir ganz bewusst auch beratend tätig werden.

Ich freue mich sehr, dass der Landessportbund ein sehr breites Spektrum von Beratungsangeboten an die Vereine organisiert hat, deswegen glaube ich auch nicht, dass es an Angeboten fehlt. Es gibt vielleicht hin und wieder eine gewisse zögerliche Haltung von Vereinsvertretern, diese bestehenden Hilfsangebote in Anspruch zu nehmen. Diese Hilfsangebote gehen sogar so weit, dass wir in Zeiten von Krisen, die es in wenigen Einzelfällen auch in Vereinen gibt, als LSB und eben auch mit finanzieller Unterstützung des Sportamtes professionelle Hilfe organisieren, um den Vereinen aus einer gegenwärtigen Krise zu helfen und ihnen Perspektiven zu bieten, nicht nur durch Fusion, sondern vielleicht auch aus eigener Kraft mit Managementveränderungen wieder in die Zukunft blicken zu können.

(B) Insgesamt glaube ich daher, dass unser Vereinsleben in Bremen und Bremerhaven gut aufgestellt ist. Wir haben gut organisierte, gut vertretene Vereine, die überwiegend auch professionell geführt werden, die wir als Staat begleiten und die durch professionelle Angebote des Landessportbunds begleitet werden. Natürlich kann man an der einen oder anderen Stelle sicherlich noch Verbesserungen herbeiführen. Ich bin sehr froh darüber, dass sich das Haus offensichtlich einig ist, dass zumindest das, was wir liefern können, Planungssicherheit ist.

Das bedeutet ganz klar, wir müssen den Vereinen, wenn sie 10, 20, 30, 35, 40 Übungsleiter beschäftigen, die Sicherheit und die Garantie dafür geben, dass sie die Zuschüsse, die wir ihnen zugesagt haben, nicht nur jährlich erneuern, sondern ihnen auch perspektivisch geben. Deswegen fände ich es sehr gut, wenn der Landessportbund versuchen würde, mit einer Allianz für den Sport eine Verlässlichkeit herzustellen, die über ein Jahr hinaus geht. Ich glaube, das ist ein leicht zu erfüllender Anspruch für uns als Staat, dem wir uns hier auf jeden Fall öffnen sollten.

Das gilt im Übrigen auch für die Toto-Lotto-Mittel. Es ist die einzige Möglichkeit, sportliche Infrastruktur in Bremen durch die Vergabe dieser Mittel noch zu fördern. Deswegen brauchen wir das Glücksspielmonopol und die Erträge daraus genauso wie die zielgerichtete Vergabe dieser Mittel, die, wie ich finde, in der Sportdeputation auch immer sehr einvernehmlich und entsprechend sachgerecht erfolgt.

Ich will abschließen mit einer Bemerkung! Jetzt ist Herr Dr. Sieling gerade nicht da, der eben in der vor-

herigen Debatte finanzpolitische Solidität eingefordert und gesagt hat, wir als SPD machen keine Versprechungen, die irgendwelche finanziellen Spielräume erfordern. Diese Zusage hat nicht ganz eine Debatte gehalten, weil Herr Pohlmann darüber hinaus zugesichert hat, in den Jahren 2008 und 2009 offensichtlich den gesamten Sanierungsstau in unserer Sportinfrastruktur aufheben zu wollen. Das ist ein sehr ehrgeiziges Projekt, weil wir über einen höheren zweistelligen Millionenbetrag sprechen. Ob das in den Haushaltsjahren 2008 und 2009 abzarbeiten sein wird, halte ich für schwierig in den Zeiten unseres Landes. Aber ich hoffe, dass wir zumindest nach der Prioritätenliste, die wir miteinander verabredet haben, auch in die sportliche Infrastruktur und die Sanierung von Sportanlagen investieren können. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats mit der Drucksachen-Nummer 16/1306 auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD Kenntnis.

Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV)

Mitteilung des Senats vom 13. Februar 2007
(Drucksache 16/1304)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Röwekamp.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Herderhorst.

Abg. **Herderhorst** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit der Debatte über Sportwetten vom September letzten Jahres hat sich nach meiner Auffassung eine Menge im Bereich Glücksspielwesen, Sportwetten getan. Die grundsätzlichen Sichtweisen sind damals bereits ausgetauscht worden. Das aus meiner Sicht sehr komplexe Thema mit all seinen juristischen, gesellschafts-, finanz- und gesundheitspolitischen Aspekten wurde und wird europaweit und in Deutschland diskutiert. Gerichte haben sich bis hin zum jüngsten EuGH-Urteil damit befasst. Nach wie vor gibt es unterschiedliche Auffassungen und Rahmen zum Thema Glücksspiele in der EU und auch in Deutschland. Kernpunkt der kontroversen Dis-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) kussion ist die Frage Monopol oder lizenzierte und kontrollierte Freigabe. Sicherlich kann man dem einen wie dem anderen Argument positive Seiten abgewinnen.

Dabei ist die juristische Kommentierung ebenso unterschiedlich wie die Prognosen über die Auswirkungen, die sich aus der Ratifizierung des vorliegenden Staatsvertragsentwurfs ergeben. Zunächst werden wir heute diesen Entwurf nur zur Kenntnis nehmen und dann der Unterzeichnung durch die Länder und der anschließenden Ratifizierung entgegensehen. Darüber hinaus muss dann auch für einen Teilbereich dieses Glücksspielbereichs die Gewerbeordnung entsprechend angepasst werden.

Einziges Ausnahme bei diesem Staatsvertrag macht zurzeit noch das Land Schleswig-Holstein, das das EU-Notifizierungsverfahren sowie die Ergebnisse anstehender europarechtlicher Gerichtsentscheidungen abwarten und sich dann entscheiden will. Der Staatsvertrag würde nach Inkrafttreten die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts vom März 2006, nämlich bis Ende 2007 das staatliche Wettmonopol verfassungskonform zu gestalten und verfassungskonforme Vorgaben für die Veranstaltung und Vermittlung von Sportwetten zu schaffen, realisieren und gleichzeitig den zurzeit noch geltenden Staatsvertrag aus 2004 ersetzen.

(B) Ziele dabei sind die Bekämpfung der Wertsucht, Beschränkung der Werbung für Wettangebote, Abwehr von Suchtgefahren, Spieler- und Jugendschutz und Schaffung von Kontrollinstanzen. Dabei hat das Bundesverfassungsgericht als Alternative zur Fortführung des staatlichen Monopols für Sportwetten eine gesetzlich normierte und kontrollierte Zulassung gewerblicher Sportwettangebote durch private Wettunternehmer zugelassen. Gleichwohl greift der Staatsvertrag diese Variante nicht auf.

Meine Damen und Herren, gerade in der letzten oder vorletzten Woche hat der Europäische Gerichtshof im Fall Placanica in Italien geurteilt. Ich gehe davon aus, dass das Urteil entsprechend ausgewertet und insbesondere auch die Bindungswirkung für Deutschland geprüft wird. Offenbar ist die unverhältnismäßige Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit nicht zulässig. Inwieweit das Auswirkungen auf den vorliegenden Entwurf haben muss, mögen die Juristen klären. Das Verbot von grenzüberschreitenden Anbietern von Wetten soll nach dem genannten Urteil die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit des EG-Vertrags verletzen.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich feststellen, dass der vorgelegte Vertragsentwurf nebst Begründung an Ausführlichkeit keine Wünsche offen lässt. Ich würde mir wünschen, dass wir eine europaweite, einheitliche Regelung bekämen, die in allen Belangen den Zielen des Bundesverfassungsgerichts und der Rechtsprechung des EuGHs entsprechen würde. Damit würde dann auch manches Verfahren sicherlich nicht mehr notwendig sein. Unter Um-

ständen ist auch Großbritannien hier ein Beispiel, wie man diesen Bereich europaweit regeln könnte. Nicht zuletzt frage ich mich auch, mit welchem Aufwand an finanziellen und personellen Ressourcen eine wirksame Kontrolle und Überwachung des Glücksspielwesens nötig und möglich ist.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Wedler.

Abg. **Wedler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich rede jetzt nicht hier, weil Herr Röwekamp mich indirekt dazu aufgefordert hat, das ist nicht der Grund, sondern weil ich genau zu diesem Thema heute hier sprechen wollte! Herr Röwekamp, das ist ja auch interessant, und eigentlich, muss ich sagen, fühle ich mich ein bisschen geehrt, dass Sie sich Gedanken und Sorgen um die FDP machen,

(Abg. **Bödeker** [CDU]: Darüber sollten Sie sich lieber Sorgen machen!)

insbesondere dann, wenn wir uns zu einem Steuerthema, was ja unser Thema letztlich ist, nicht hier äußern.

Natürlich äußern wir uns zu diesem Thema, ich will das Thema Aktuelle Stunde hier nicht noch einmal wieder aufgreifen. Selbstverständlich haben wir dazu eine Meinung, natürlich hat es mich gedrängt, dazu zu reden, aber ich habe mich heute zurückgehalten.

(D)

Zum Staatsvertragsentwurf will ich heute inhaltlich nicht allzu viel sagen, er steht ja nicht zur Debatte und nicht zur Abstimmung, sondern nur zur Kenntnisnahme, und ob er überhaupt zustande kommt, das ist noch stark die Frage. Das steht sehr in den Sternen. Wir können aus der Vorlage entnehmen, dass Schleswig-Holstein erhebliche Bedenken hat. Insbesondere die dortige CDU-Fraktion hat Bedenken, und das, Herr Innensenator, müsste Ihnen zu denken geben, dass Ihre eigenen Parteifreunde in Schleswig-Holstein, allerdings auch anderswo, wenn auch mit einem anderen Ergebnis, Bedenken gegen eine solche Sache haben.

Ob der Staatsvertrag überhaupt zustande kommt, hängt von EU-rechtlichen Überlegungen ab und auch von weiteren Entscheidungen, die da noch anstehen. Ich und meine Partei glauben, dass dieser Staatsvertrag in der Form, wie er uns hier heute vorgelegt wird, nicht zustande kommen und nicht abgeschlossen werden wird. Selbst wenn 15 Ministerpräsidenten unterzeichnen, ein sechzehntes Land wird nicht unterzeichnen, und dann, denke ich, steht das Ganze sozusagen zur Disposition.

Die Auffassung der FDP zu dieser Thematik hatte ich im letzten Jahr bei der Debatte über den Antrag

(A) der Grünen zu den Sportwetten deutlich gemacht. In aller Kürze: Wir sind für eine Liberalisierung des Sportwettenmarkts, wir wollen eine Neuordnung des Rechts der Sportwetten mit einem geregelten Nebeneinander von privaten und staatlichen Anbietern, und deswegen, genau aus diesen Gründen, können wir dem Staatsvertragsentwurf, so wie er uns heute hier präsentiert wird, auch nicht zustimmen. Die FDP würde ihn also, wenn er denn möglicherweise in der nächsten Bürgerschaftsperiode zur Abstimmung steht, von meinen Kollegen, die dann hier vorn stehen, abgelehnt werden. Mehr will ich heute inhaltlich zu diesem Thema nicht sagen.

(Abg. Kleen [SPD]: Es wäre vielleicht klug, wenn Sie das jetzt sagen! Wer weiß, was nachher noch kommt!)

Meine Partei hat keine andere Meinung als die, die ich Ihnen hier gerade in aller Kürze vorgetragen habe. Insofern brauchen Sie sich dazu auch keine weiteren Gedanken zu machen!

(Abg. Kleen [SPD]: Zu dieser Frage, oder was?)

(B) Ich möchte allerdings die Gelegenheit hier nutzen und auf etwas anderes zu sprechen kommen, was hiermit inhaltlich eng zusammenhängt, was Sie auch alle betrifft. Sie haben alle diese merkwürdige Zusage bekommen, ich auch, jetzt schon zum zweiten Mal, und ich muss sagen, dass das eine Art von Lobbyismus ist, der ich eigentlich nicht folgen kann. Es ist eher kontraproduktiv für die Sache, für die da gestritten wird, und ich muss offen auch für mich sagen, dass ich mich durch so etwas stark unter Druck gesetzt fühle, denn es erinnert mich an bestimmte Zeiten, von denen ich glaubte, dass sie vorbei seien bei uns, dass man hier massiv bedrängt wird und mit Meinungen überzogen wird, die man nie von sich gegeben hat und die auf der anderen Seite dann auch noch widersprüchlich wiedergegeben werden.

Selbst der Hinweis, dass das nur ein Einzelexemplar ist, gibt mir keine Gewähr dafür, dass das nicht weiter gestreut wird. Ich habe mich deswegen beim Bürgerschaftspräsidenten beschwert in der Hoffnung, mit dem Hintergedanken, dass er möglicherweise stellvertretend für uns alle an den Deutschen Lottoverband in Hamburg herantritt und das massiv kritisiert. Ich finde, ein Lobbyistenverband erlaubt sich hier ein starkes Stück. Das begünstigt nicht die Einstellung zu dem Thema, um das es hier eigentlich geht, das wollte ich hiermit gesagt haben. Ich fühle mich massiv unter Druck gesetzt und lehne diese Art von Lobbyismus ausdrücklich für meine Person ab. – Vielen Dank!

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Kleen.

(C) Abg. Kleen (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte ein Wort von Herrn Wedler aufnehmen, in aller Kürze. Wir sind nicht für eine Liberalisierung des Glücksspielmarkts. Die von Herrn Herderhorst schon erwähnte Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs hat im Blätterwald für einiges Rauschen gesorgt. Hier heißt es bei dem einen, das Sportwettenmonopol der Bundesländer wackelt, und bei einem anderen heißt es sogar, es ist ein Dolchstoß für das staatliche Sportwettenmonopol.

Ich glaube, dass alles in eine andere Richtung gehen wird, und bin der Ansicht, dass wir auf der sicheren und guten Seite sind. Wir müssen noch einmal daran erinnern, was das Bundesverfassungsgericht gesagt hat: Das Bundesverfassungsgericht hat gesagt, wenn ihr den Glücksspielmarkt einschränken wollt, wenn ihr das Glücksspiel insgesamt zurückdrängen wollt und wenn ihr insbesondere Spielsucht bekämpfen wollt, dann könnt ihr das mit einem staatlichen Monopol machen; wenn ihr das nicht wollt, dann könnt ihr kein staatliches Monopol errichten und private Anbieter ausschließen, damit ihr die Gewinne als Staat allein einstreichen könnt. Weiterhin hat das Bundesverfassungsgericht gesagt, aber wenn ihr ein staatliches Monopol macht, dann müsst ihr das sehr streng auch an den Zielen Spielsuchtprävention, Kanalisierung des Spielbetriebs und an der Abwehr von Begleitkriminalität orientieren.

(D) Das macht der Staatsvertrag, und das macht auch Bremen. Bremen hat im vergangenen Jahr oder seitdem das Bundesverfassungsgericht gesprochen hat, ganz konsequent versucht, uns zu vermitteln, wie Glücksspielmarkt aussehen wird, wenn dieser Staatsvertrag in Kraft getreten ist: Keine marktschreierische Werbung mehr, nicht an jeder Ecke Buden, wo vermarktet und verkauft wird, sondern ein eingeschränktes Glücksspielangebot, keine Verführung von Jugendlichen oder Abhängigen. Das ist konsequent durchgehalten worden, und das ist es, was dabei herauskommt!

Wer das Thema so debattiert, auf der einen Seite staatliches Monopol und auf der anderen Seite liberalisierter Markt und wenn wir uns für ein staatliches Monopol entscheiden, bleibt alles so wie es früher war, der weiß, dass das falsch ist! Wenn wir das staatliche Monopol so durchsetzen, wie es durch den Staatsvertrag angelegt ist, dann verändert sich der Glücksspielmarkt!

Das hat auch negative Folgen, die muss man ganz klar sehen. Wir werden, der Bürgermeister hat bereits auf die Rede von Herrn Pohlmann reagiert, uns Gedanken darüber machen, wie dem Sport verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen werden können, auch wenn der Glücksspielmarkt nicht mehr das abwerfen wird, was er bisher abwirft, und das steht zu befürchten.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Der Europäische Gerichtshof, und deshalb weiß ich gar nicht, weshalb einige darauf so sehr bauen, hat in einem Fall zu entscheiden, in dem die Italiener genau das andere gemacht haben. Die Italiener haben 1000 Konzessionen vergeben und gesagt, diese sind aber nur für Italiener, und wir lassen Auswärtige nicht zu! Dazu hat der Europäische Gerichtshof gesagt, so geht es nicht! Wenn ihr ein Konzessionsmodell macht, dann müsst ihr das offen und diskriminierungsfrei gestalten, sonst seid ihr im Hinblick auf Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit nicht auf der sicheren Seite. Das wollen wir überhaupt nicht!

Erlauben Sie mir, am Ende zu sagen, die Bewegung im Blätterwald war das eine, die Bewegung fand nach dem Europäischen Gerichtshof auch an einer anderen Stelle statt, nämlich auf dem Markt der Aktienkurse. Flux und Tipp24 haben zeitweise um 6 bis 8 Prozent zulegen können, bwin hat um satte 17 Prozent zugelegt. Das ist die Zukunft, und dafür streiten wir hier.

Wir nicht! Die SPD streitet nicht dafür, dass Flux, Tipp24 oder bwin auf dem Rücken von Glücksspielern ihre Aktienkurse steigern können, sondern wir wollen weiter daran festhalten, dass wir das staatliche Monopol in den Ländern erhalten und genau diese Auswüchse und Auswirkungen verhindern.

(B) Wer wirklich glaubt, staatliche Monopole abzuschaffen, bringe irgendetwas Positives, der sollte sich noch einmal, ich habe das beim letzten Mal schon gesagt, beim Privatfernsehen oder auf dem Energiemarkt umschauen. Ich finde, wir haben gute Beispiele dafür, an dieser Stelle den Staatsvertrag heute zwar nur zur Kenntnis zu nehmen, aber ihm aus vollem Herzen zuzustimmen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben hier im letzten Jahr schon eine sehr ausführliche und auch genauso kontroverse Debatte zu diesem Thema geführt, und was vielleicht bei der Rede des Kollegen Kleen nicht so ganz deutlich geworden ist, sagen wir einmal vorsichtig: In allen Parteien im Bundestag wie in allen Landtagen gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen darüber, was in dieser Frage Sportwetten und Glücksspielmonopol nun geschehen soll. Das ist überhaupt nicht so klar und so schwarz-weiß und so einheitlich, wie Sie es hier dargestellt haben.

Die Wetten, die im Moment angenommen werden, welches nächste Bundesland nach Schleswig-Holstein aus diesem Staatsvertrag aussteigt, gehen ganz stark

*) Vom Redner nicht überprüft.

auf Rheinland-Pfalz. Immerhin ist dort Ministerpräsident der SPD-Vorsitzende Kurt Beck, und deswegen weiß ich nicht, weshalb man hier eine solche Rede hält, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist in der Tat so, dass beide Varianten gute Argumente für sich bieten. Es ist nicht so, dass wir hier, jetzt komme ich noch einmal darauf zurück, eine Schwarz-Weiß-Situation nach dem Tenor haben: Die einen haben alle unrecht, und die anderen haben alle recht, sondern es ist so, dass man, wie das Bundesverfassungsgericht ja relativ listenreich uns aufgegeben hat, das Ziel oder die verschiedenen Ziele auf verschiedenem Wege erreichen kann, nämlich mit oder ohne Monopol.

Was ich jetzt aber neu und deswegen interessant finde an der Debatte, die wir im letzten Jahr schon sehr ausführlich geführt haben, ist das, was der Kollege Herderhorst vorhin gesagt hat! Wenn ich richtig zugehört habe und es richtig verstanden habe, dann haben Sie gesagt, eine europaweite Regelung wäre etwas, was Sie befürworten für die CDU-Fraktion, und man könnte sich durchaus die Regelungen in Großbritannien als Vorbild vorstellen. Ich glaube, so habe ich es vorhin verstanden. Großbritannien ist ein Modell, das uns vormacht, mit einem mit staatlich sehr hohen Auflagen versehenen Konzessionsmodell zu arbeiten, was zur Folge hat, dass es dort sehr klare Regelungen und Spielregeln gibt, dass aber Private neben dem Staat auch mit einsteigen dürfen und dass die Einnahmen des Staates aus Steuern und Abgaben, die man wieder für soziale, sportliche und andere Zwecke umverteilen kann, sehr gestiegen sind.

Wenn ich es richtig verstanden habe, wäre das zumindest eine Andeutung in der Positionsänderung der CDU hier in Bremen, wenn Sie sich Großbritannien als Vorbild vorstellen können, weil das mit dem, was wir in Deutschland als Staatsmonopol haben, nichts mehr zu tun hat. Vielleicht kann man das noch aufklären, es wäre zumindest eine ganz interessante neue Position.

Ich darf Sie noch einmal darauf hinweisen, auch wenn man jetzt fragt, welche Auswirkungen das auf den Sport hat: Wir haben schon immer gesagt, es reicht nicht, nur auf den Profisport zu sehen, sondern man muss natürlich auch auf den Profi- und Amateursport sehen, die finanziell unterschiedlich, von unterschiedlichen Seiten abhängig sind. Sehr interessant ist trotzdem, dass das von dem ehemaligen Minister Rupert Scholz und anderen erstellte Gutachten des Deutschen Fußball-Bundes und der Deutschen Fußball Liga das auch noch einmal ganz stark bekräftigt.

Der DFB steht nicht nur für die Bundesliga, das ist die DFL. Der DFB steht für tausende Amateurevereine, die darin organisiert sind und die sich ganz klar, was wir im grünen Antrag im letzten Jahr auch gefordert hatten, für ein Lizenzierungsmodell staatlicher

(C)

(D)

(A) und privater Anbieter unter ganz eindeutigen Spielregeln ausgesprochen haben. Ich glaube, der DFB weiß sehr wohl, dass er dort auch die Amateurvereine, die Jugendvereine, die Kindermannschaften mitvertritt, und es macht Sinn, hier noch einmal ein solches Gutachten einzubringen.

Wir haben es in der Tat mit einem Richtungsstreit zu tun. Ist es wirklich so, dass das staatliche Monopol zumindest bisher geeignet war, die Fragen der Spielsucht, des Verbraucherschutzes, der Rechtssicherheit am besten abzubilden? Oder trauen wir uns als Staat zu, eine Vielzahl oder wenigstens mehrere Anbieter nach bestimmten Lizenzierungsverfahren zuzulassen, ihnen Auflagen zu machen, was den Verbraucherschutz, den Jugendschutz, die Spielsucht angeht, und ihnen auch abzuverlangen, dass sie Steuern und Zweckabgaben zahlen, so wie dies in Niedersachsen zum Beispiel die österreichischen Spielcasinobetreiber, die die niedersächsische Lizenz für Spielcasinos – auch private – haben, tun und in Niedersachsen auch Steuern und Zweckabgaben zahlen? So ähnlich stellen wir uns das auch für diesen Bereich in der gesamten Bundesrepublik vor.

(B) Ich glaube, dass es sich in diesem Jahr noch um einen sehr offenen Prozess handelt, Schleswig-Holstein dort an der Spitze, die CDU-Fraktion ist sehr stark vorangeprescht. Ich höre aus vielen Ländern, dass es in den Fraktionen, in den Landtagen Bewegung gibt, auch in den Landesregierungen. Man wartet natürlich nach dem EuGH-Urteil noch darauf, wie das weitere Verfahren mit der EU-Kommission verläuft, denn auch da kann es noch – das steht hier in der Senatsvorlage – zu Modifizierungen kommen, von denen wir jetzt noch nicht wissen, wie sie aussehen. Es kann sein, dass die EU-Kommission hier beim Notifizierungsverfahren uns noch einmal den einen oder anderen Punkt mit in das Regelbuch hineinschreibt.

Ich habe vorhin gesagt, in den Fraktionen im Bundestag und in den Landtagen der verschiedenen Parteien gibt es unterschiedliche Auffassungen. Das ist nicht nur bei der SPD und bei der CDU so, das ist auch bei den Grünen so. Es gibt einige Landtagsfraktionen, das ist die Mehrheit, die das Thema so sehen wie die bremische grüne Bürgerschaftsfraktion. Es gibt aber auch zwei oder drei Fraktionen, die es so ähnlich sehen, wie es Herr Kollege Kleen gerade für die SPD geschildert hat.

Ich finde, dass wir einen offenen Umgang mit diesen Aspekten walten lassen und ehrlich miteinander umgehen sollten, dass es diese Positionen in den verschiedenen Fraktionen gibt, und vielleicht kann man sich am Ende noch aufeinander zu bewegen, dass es einen Staatsvertrag gibt, der von allen mitgetragen werden kann und die unterschiedlichen Kriterien berücksichtigt.

Ich bin jedenfalls der Ansicht, dass dieses Vorhaben noch nicht zu Ende ist und dass dieser Staatsvertrag, so wie er jetzt vorgelegt worden ist, der sich

(C) ganz klar für einen Weg in einem Schwarz-Weiß-Modell entscheidet, voraussichtlich nicht das letzte Wort sein wird, das wir in Deutschland in dieser Frage haben. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, als nächster Redner hat das Wort Herr Bürgermeister Röwekamp.

Bürgermeister Röwekamp: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Güldner, zur Wahrheit gehört natürlich auch, dass 15 von 16 Ländern diesem Entwurf eines Staatsvertrags ihre Zustimmung gegeben haben. Hier also den Eindruck zu vermitteln, es gäbe paritätische Ansichten über die Zukunft des staatlichen Glücksspielmonopols, die Hälfte sei ungefähr dafür, die andere Hälfte dagegen, ist mitnichten der Fall! 15 von 16 Ländern plädieren ganz eindeutig dafür, das staatliche Glücksspielmonopol beizubehalten. Die CDU mehrheitlich genauso wie die Sozialdemokraten, ganz eindeutig auf dem Weg zum Erhalt des staatlichen Glücksspielmonopols; nur die Grünen und die FDP scheinen in breiter Front sozusagen für die Zulassung privater Wettanbieter zu sein.

(D) Meine Damen und Herren, ich halte das für einen falschen Weg, das will ich hier deutlich sagen und auch nichts verdecken. Die Positionierung ist völlig klar! Auf der einen Seite diejenigen, die für den Erhalt des Glücksspielmonopols sind, auch hier in Bremen, das sind die Sozialdemokraten und die CDU, und diejenigen, die dagegen sind, das sind die Grünen und die FDP. So klar muss man die Verhältnisse auch benennen, wenn man so eine Debatte führt, und da bringt auch die Verfälschung von Ihnen, Herr Dr. Güldner, nichts.

(Beifall bei der CDU)

Ich will auch ganz deutlich sagen, weshalb ich für den Erhalt des staatlichen Glücksspielmonopols bin. Wir haben hier schon mehrfach darüber gesprochen, und auch die neueste Entscheidung des EuGH gibt in Wahrheit unserer Politik in vollem Umfang recht.

Es gibt eigentlich nur zwei Modelle: Das eine Modell ist, wir konzentrieren uns auf das staatliche Glücksspielmonopol. Ich habe hier schon mehrfach vor dem Parlament zugegeben, dass wir als Staat in den letzten Jahren in die Irre gelaufen sind, indem wir diesen Bereich zu sehr marktwirtschaftlich und zu wenig unter dem Gesichtspunkt der Spielsuchtbegrenzung gesehen haben. Deswegen haben wir uns als Staat in den letzten Monaten zurückgenommen, nicht nur in Bremen, sondern überall woanders auch.

Wir schließen, sage ich einmal, die Buden an der Ecke, die illegales Glücksspiel vermitteln, und wir nehmen gleichzeitig die Werbung und das aggressiv-

(A) sive Auftreten unserer staatlichen Glücksspielanbieter zurück. Das ist der konsequente Weg zur Bekämpfung von Spielsucht, und das geht nur mit dem staatlichen Glücksspielmonopol.

Auf der anderen Seite gibt es nur die andere Alternative, Herr Dr. Güldner, das bitte ich Sie dann auch ganz klar zu benennen! Nach der Entscheidung des EuGH ist völlig klar, es gibt keine Mischmodelle mit Teillizenzierung oder sonst etwas. Sie haben entweder das staatliche Glücksspielmonopol oder einen völlig liberalisierten Markt. In diesem völlig liberalisierten Markt, meinetwegen unter strengen staatlichen Aufsichtskriterien, aber völlig frei für die Europäische Union, kann sich jeder bewerben um eine Lizenz, oder eine Genehmigung ist es nur, keine Lizenz, denn ich kann sie mengenmäßig nicht begrenzen. In dem Moment, in dem ich einen privaten Spielvermittler zulasse, muss ich jeden anderen, der die strengen rechtlichen Anforderungen erfüllen mag, auch zulassen. Ich kann nicht lizenzieren und sagen, ich schreibe 10 Glücksspiellizenzen aus; ich muss alle zulassen, die den Markt für sich erobern wollen, und das halte ich für den falschen Weg.

Das ist die Lehre aus dem letzten Urteil des EuGH, der nämlich gesagt hat, ihr dürft im Binnenland nicht nur Binnenländer zulassen, sondern wenn ihr euch für den Weg der Privatisierung des Glücksspiels entscheidet, dann müsst ihr gefälligst alle zulassen. Die Engländer, die Italiener, die Deutschen, jeder, der sich bewirbt, wird eine staatliche Konzession zur Durchführung von Glücksspielen bekommen.

(B) Das halte ich für einen völlig liberalisierten Markt, und der dient nicht der Spielsuchtbekämpfung, Herr Dr. Güldner, und er dient auch nicht dazu, dass wir im großen Umfang in der Lage sind, die Erträge aus dem Glücksspiel abzuschöpfen, um sie sozialen und gemeinnützigen Zwecken zuzuführen.

Wie wollen Sie denn eigentlich einen Umsatz eines in Gibraltar ansässigen Spielvermittlers abschöpfen? Wie wollen Sie den denn erwischen? Mit einer Spieleinsatzsteuer, oder wie auch immer man das nennen will, oder einer Umsatzbesteuerung? Das geht definitiv nicht, weil das Spiel, insbesondere das Sportwettspiel, im Internet abgewickelt wird, meine Damen und Herren.

Es gibt keinen Kontrollmechanismus für im Internet abgeschlossene Wetten, das ist definitiv unmöglich, und deswegen können Sie in einem liberalisiertem Markt nur Wettbewerbsbedingungen schaffen, die für alle gleichermaßen gelten. Das heißt, Inländer werden besteuert, und Ausländer werden in der Regel nicht besteuert. Das wiederum wäre sozusagen das Ende des Sinns unseres staatlichen Glücksspielmonopols, den Ertrag zur Spielsuchtbekämpfung und für soziale und gemeinnützige Zwecke zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(C) Auf diese Weise ist das der Tod der Finanzierung, das muss man wissen.

Man kann sich als marktliberaler Grüner für diesen Weg entscheiden, das will ich völlig offen lassen, aber ich halte es für einen Irrweg, weil ich glaube, dass wir in Deutschland gut beraten sind mit dem über viele Jahrzehnte bewährten Glücksspielmonopol, das wir haben. Ich halte es für den falschen Weg und für die falsche Liberalität, ausgerechnet an dieser Stelle nun auszubrechen und zu glauben, man könnte hier den Stein des Weisen neu erfinden.

Ich bin zuversichtlich, dass wir mit der weitgehend geeinten Fassung dieses neuen Glücksspielstaatsvertrags auch die breite Wirkung erzielen. Herr Dr. Güldner, auch das bitte ich Sie zu berücksichtigen, es ist völlig ausgeschlossen, dass wir eine Liberalisierung zum Beispiel auch nur auf dem Bereich der Sportwetten machen. Es geht nur ganz oder gar nicht! Entweder ich entscheide mich als Staat dafür zu sagen, ich will das staatliche Glücksspielmonopol behalten, dann gilt das für „6 aus 49“, das „Mittwochs-lotto“, die „Sportwette“, oder ich entscheide mich für einen völlig liberalisierten Markt.

Wir reden jetzt nicht nur über die Erträge, die fehlenden Erträge, muss man ehrlicherweise sagen, aus der Sportwette „Oddset“, sondern wir reden dann darüber, dass wir sämtliche Erträge, sämtliches Glücksspiel in Deutschland einem völlig liberalisierten Markt freigeben würden. Die wesentlichen Quellen der Zuschüsse an soziale und gemeinnützige Einrichtungen bekommen wir nicht aus dem Bereich der Sportwetten, sondern aus dem Bereich der klassischen Wetten, der Ziehung „6 aus 49“, mit im Übrigen geringen Suchtpotenzialen, das muss man an dieser Stelle sagen, im Gegensatz zu den Sportwetten.

(D) Dieses Finanzierungssystem und dieses staatliche Abgabesystem würden Sie mit Ihrer Linie vollständig infrage stellen. Wir haben da nicht nur liberalisierte Sportwetten, wir haben einen völlig liberalisierten Sport- und insgesamt Wettmarkt in Deutschland. Ich halte das für den gänzlich falschen Weg aus Sicht der Spielsuchtbekämpfung, aber eben auch aus gemeinnützigen und solidarischen Zwecken, die wir mit den Erträgen aus diesem Glücksspiel verfolgen.

Deswegen werbe ich dafür, dass wir auch in der nächsten Legislaturperiode zu diesem Glücksspielvertrag stehen, der mit 15 von 16 Ländern abgeschlossen worden ist. Ich bin sehr zuversichtlich, dass nach der EU-Notifizierung auch der 16. Ministerpräsident seine Bedenken aufgeben wird und in Deutschland am Ende der Diskussion ein klares Bekenntnis zum staatlichen Glücksspiel steht. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Herr Dr. Güldner, Sie haben keine Redezeit mehr! Nein, Sie hatten sechs Minuten, und

(A) der Senat hatte jetzt fünfeinhalb Minuten. Also, wir rechnen es dagegen. Somit sind im Saldo die Redezeiten ausgeschöpft.

(Bürgermeister R ö w e k a m p : Soll ich noch etwas sagen? Ich kann noch!)

Meine Damen und Herren, es ist jetzt so vereinbart, dass mit Abschluss dieses Tagesordnungspunktes die Landtagssitzung für heute ihren Abschluss findet.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 15.56 Uhr)

(C)

(B)

(D)